

Gymnasium

Nr. 1-2/2020

BADEN - W Ü R T T E M B E R G



Der Philologenverband BW bezieht Stellung:

- Pressemitteilung zur AfD-Meldeplattform im Netz
- Resolution zur Berufspolitik auf der Hauptvorstandssitzung
- Zu den Änderungen des Schulgesetzes BW
- Zum Qualitätskonzept des Kultusministeriums

Philologenverband BW fordert Entlastung der Lehrkräfte



Editorial [Ralf Scholl]	2
Crashkurs Kompaktinformation Arbeitnehmer [Uschi Kampf]	3
»Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt.« [Ralf Scholl]	4
Die Lehrkräfte müssen sofort entlastet werden! [PhV BW]	5
Stellungnahme des PhV: Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes [Ralf Scholl]	7
Fatale Fehlentwicklung [Cord Santelmann]	8
Treffen mit dem Verband der Schulgeographen [Martina Scherer]	9
JuPhi - bzw Jugend - junger VBE [Martina Scherer]	9
Landesjugendausschuss in Karlsruhe [Martina Scherer]	10
Hauptvorstandssitzung: Arbeitszeit im Blickpunkt [Helmut Hauser]	11
Aus dem HPR [Jörg Sobora]	13
Thema aktuell: FDP	15
Landesrealschultag in Herrenberg [Karin Fetzner]	16
Lehrer stören die Brutpflege [Andreas Müller]	18
Viele neue Personalräte an den Schulen [Helmut Hauser]	19
Nord-Württembergs Schulvertreter treffen sich [Laura Schönfelder]	21
Fake News auf der Spur [Christian Unger]	22
'Lehrerbildung/Referendariat' [Andrea Pilz und Stefanie Wölz]	23
Vom schwierigen Umgang mit Antisemitismus [Norbert Schmeiser]	24
Leistung macht Schule [Sabine Rühz]	25

Titelfoto: Scheffel-Gymnasium Lahr (Foto: Bettina Hölscher)

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,- Euro und für ein Jahresabonnement 18,- Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:

Schriftleiter:

Enver Groß [E.G.] | enver.gross@phv-bw.de
Ziegelstraße 14 | 88214 Ravensburg

Redaktionsteam:

Sabine Grobe [S.G.] | Helmut Hauser [H.H.] |
Bettina Hölscher [HL] | Edelgard Jauch [E.J.] |
Anne Käbbohrer [A.K.] | Evelyn Kapahnke [E.K.] |
Richard Zöller [R.Z.]

Herausgeber:

Philologenverband Baden-Württemberg
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77
info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:

Pädagogik & Hochschul Verlag
dphv-verlagsgesellschaft mbh
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Redaktionsschluss:

März-April-Ausgabe: 9. März 2020,
Mai-Juni-Ausgabe: 11. Mai 2020.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie diese Zeilen vor Augen haben, hat das zweite Halbjahr längst begonnen und einige Ereignisse werden schon ihre Schatten voraus:

Arbeitszeit-Studie

Am 9. März werden die Ergebnisse der 'Lehrerarbeitszeit im Wandel'-Studie veröffentlicht. Endlich! Es hat lange genug gedauert! Diese Ergebnisse wird der Philologenverband zum Anlass nehmen, mit dem Kultusministerium in eine neue Runde zu Gesprächen zur Deputats-Reduzierung einzutreten. Kurzfristige Änderungen erwarten wir nicht, aber wir werden den Druck auf das Kultusministerium massiv erhöhen.

didacta

Vom 24. bis 28. März findet die didacta auf der Messe in Stuttgart statt. Der Philologenverband wird dort erstmalig mit einem eigenen kleinen Stand vertreten sein. Es handelt sich dabei um den Stand 3C74 in Halle 3, ganz in der Nähe des 'Forum Bildung'. Die Aktion: 'Freier Eintritt für PhV-Mitglieder' ist schon im Januar angelaufen. Haben Sie Ihren Code zum Erwerb einer freien Eintrittskarte schon bestellt? Wenn nicht, dann können Sie sich auf <https://intern.phv-bw.de> als Mitglied einloggen und unter 'Veranstaltungen' Ihre Freikarte bestellen!

PhV-Webseite

Unsere PhV-Webseite sollte bis zur didacta in neuem Gewand erstrahlen: Modernisiert, besser strukturiert und in allen Punkten (auch optisch!) auf Augenhöhe mit unserer Konkurrenz, und noch besser mittels Handy und Smartphone nutzbar.

BPR-Wahlen am ZSL

Nicht vergessen wollen wir die BPR-Wahlen am ZSL, die unsere Ge-



Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

schäftsstelle gut in Atem halten. Mein Dank geht an alle, die sich als Kandidaten aufstellen ließen!

Hauptvorstandssitzung

Lassen Sie mich noch einen kleinen Blick auf den Dezember zurück werfen. Die PhV-Hauptvorstandssitzung am 13. Dezember 2019 fand in einer sehr produktiven Arbeitsatmosphäre statt. Intensiv diskutiert wurde auf dieser Hauptvorstandssitzung die für uns alle unangenehme Tatsache, dass die derzeitigen PhV-Ehepartnerbeiträge und die PhV-Ruhestandsbeiträge nicht kostendeckend sind. Dieses 'nicht kostendeckend' gilt ebenso für die niedrigen Beiträge der Studenten und Referendare. Dass wir deren Beiträge bezuschussen müssen, um möglichst viele Interessenten zu gewinnen, die dann nach ihrer festen Einstellung auch als Vollmitglieder bei uns bleiben, war aber unumstritten.

Bezüglich der Beitragshöhe für die Senioren und die Ehepartner ergab sich dagegen eine sehr lebhaft Diskussion. Wir werden Sie in der nächsten Ausgabe von 'Gymnasium Baden-Württemberg' bzw. per E-Mail darüber informieren, wie hoch die Kosten sind, die wir pro Mitglied durch die Kopf-Beiträge an unsere übergeordneten Verbände und auch für die Zeitschrift 'Gymnasium Baden-Württemberg' aufzubringen haben. Ausgehend von diesen Zahlen wird der Landesvorstand einen Vorschlag unterbreiten für eine angemessene Beitragsanpassung bei Senioren und Ehepartnern. Über diese Beitragsanpassung wird dann die Vertreterversammlung am 6. und 7. Juli in Fellbach abschließend beraten und entscheiden. Denn die Festlegung der

Beitragssätze geschieht satzungsgemäß durch unser oberstes Organ, die Vertreterversammlung (VV).

Dass nicht nur die Einnahmen, sondern auch die Ausgaben von unserem Schatzmeister Martin Brenner scharf im Blick gehalten werden, war eine der Forderungen auf der Hauptvorstandssitzung. Dass dies geschieht, kann ich Ihnen an dieser Stelle schon versichern.

Vor-Wahljahr

In etwa dreizehn Monaten finden die Landtagswahlen statt. Der Philologenverband ist bereits seit dem Herbst aktiv und wird versuchen, die 'Bildungspolitik in Baden-Württemberg' zum zentralen Wahlkampfthema der Landtagswahlen zu machen.

Dazu gehören für uns:

- Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 (mit einem 'Mehrwert'-G9 mit zusätzlichen Stunden und G8 als Schnellläufer-Modell)
- ein tragfähiges didaktisches Konzept für die Gemeinschaftsschulen
- ein niedrigeres Deputat für Gymnasiallehrer – die LaiW-Studie wird uns dafür Munition liefern
- zusätzliche Anrechnungsstunden für die Gymnasien
- Entlastungsstunden für die Schulleitungs-Teams und pro Schule zusätzlich ein bis zwei AL
- ein Ende des derzeitigen Chaos in der Lehrerfortbildung
- sowie viele weitere Forderungen des Philologenverbands Baden-Württemberg.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir Ihre persönlichen Forderungen und Vorschläge an die Politik schicken!

Mit den besten Grüßen

Ihr



Ralf Scholl
Vorsitzender PhV BW

Crashkurs Kompaktinformation Arbeitnehmerthemen

Ein erkenntnisreicher Parforceritt durch Recht und Schulalltag



von Ursula Kampf
Tarifbeauftragte des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Zwanzig Schulvertreterinnen und Schulvertreter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie Delegierte trafen sich am 21. November 2019 unter der Leitung von Ursula Kampf, Mitglied im Bezirksvorstand Philologenverband Nordwürttemberg (PhV NW), zu einem Crashkurs Kompaktinformation Arbeitnehmerthemen in Schwäbisch Gmünd. Sie nutzten das inzwischen zur guten Tradition gewordene Fortbildungsangebot des PhV NW zu

Spezialthemen am Vormittag vor Beginn der Schulvertreterversammlung.

Zunächst beleuchtete Ursula Kampf die Sonderbedingungen für Arbeitnehmerlehrkräfte im Hinblick auf deren Beschäftigungsende vor ihrem Eintritt in den Ruhestand. Da an den Schulen oft nur die Bedingungen für beamtete Lehrkräfte allgemein bekannt sind, ist Vorsicht geboten: Es gilt, die richtigen, d. h. für Arbeitnehmerlehrkräfte relevanten Informationen zu berücksichtigen. Zudem sind mehrere tarifvertragliche Regelungen zu beachten bzw. korrekt anzuwenden, ohne die individuelle rentenrechtliche Situation der jeweiligen Arbeitnehmerlehrkraft aus den Augen zu verlieren, die aber auf ein Beschäftigungsverhältnis im Allgemeinen und nicht auf den staatlichen Schuldienst im Besonderen ausgerichtet ist. Zudem gelten für schwerbehinderte Beschäftigte gesonderte Rententabellen. Anhand mehrerer Fallbeispiele übten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter Anleitung von Ursula Kampf die Anwendung der verschiedenen Regelungen. Ein Ausblick auf die Kombinationsmöglichkeiten mit einem Freistellungsjahr oder (für Schwerbehinderte) mit Altersteilzeit rundete die erste Etappe der Tour de force ab.

Frisch gestärkt widmeten sich alle nach der Pause den im September 2019 von den Tarifverhandlungspartnern beschlossenen Regelungen zur Umsetzung der Tarifeinigung TV-L vom März 2019. Sie vollzogen die grundsätzlichen Rechenschritte beim sogenannten 'Einfrieren' der Jahressonderzahlung nach. Die abstrakten tarifrechtlichen Regelungen für die Höhe und den Geltungsbereich des sogenannten Garantiebetrags bei Höhergruppierungen wurden von Ursula Kampf auf die betroffenen Gymnasiallehrer-Fallgruppen heruntergebrochen und so anschaulich und leichter verständlich.

Nach einem Überblick über die arbeitsrechtliche Situation befristet beschäftigter Arbeitnehmerlehrkräfte und die daraus resultierenden Auswirkungen auf den Schulalltag beschlossen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den erkenntnisreichen Vormittag mit einem wohlverdienten Mittagessen.

Zahlreiche zufriedene 'Stammgäste' kündigten ihr Wiederkommen für das Jahr 2020 an: »Auf Wiedersehen im nächsten Jahr!«

Vorankündigung

INFO-Nachmittag zu Arbeitnehmerthemen des Arbeitskreises Arbeitnehmer (AKA PhV BW)

für Arbeitnehmerlehrkräfte und interessierte beamtete Lehrkräfte
(zum Beispiel ÖPR, BfC)

Wann und wo: Freitag, 13. März 2020 | von 14:00 Uhr bis 17:00 Uhr |
Gymnasium Königin-Katharina-Stift | Schillerstraße 5 |
70173 Stuttgart (Nähe Hauptbahnhof)

Schwerpunktthema: Beschäftigungsende/Renteneintritt

Ursula Kampf, Vorsitzende Arbeitskreis Arbeitnehmer PhV BW

»Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt.«

(nach Johann Wolfgang von Goethe, Torquato Tasso)

Die AfD nutzt – wieder einmal – in geschickter Weise das Internet, um sich ins Gespräch zu bringen und um Druck auf Lehrkräfte auszuüben. Dagegen verwarft sich der Philologenverband Baden-Württemberg: So nicht!

Eine kritische Sprachanalyse

Die AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg hat eine neue 'Meldeplattform' in Betrieb genommen, mittels derer ihr 'Vorfälle' an den Schulen des Landes mitgeteilt werden sollen.

Begrüßt wird der Besucher dieser Seite mit:

Unterrichtsausfall, defekte Toiletten, politisch inkorrekte Lehrer, Gewalt auf dem Schulhof?

Als Schüler hast Du Anspruch auf Unterricht, eine neutrale politische Willensbildung und intakte Bildungseinrichtungen. Schulleitung und Lehrer haben die Verantwortung, für alle Probleme der ihnen anvertrauten Schüler ein offenes Ohr zu haben. An Deiner Schule gibt es Probleme und niemand hört Dir zu? Dann melde es jetzt!

Unterrichtsausfall, defekte Toiletten, politisch inkorrekte Lehrer, Gewalt auf dem Schulhof? Als Schüler hast Du Anspruch auf Unterricht, eine neutrale politische Willensbildung und intakte Bildungseinrichtungen. Schulleitung und Lehrer haben die Verantwortung, für die Probleme der ihnen anvertrauten Schüler ein offenes Ohr zu haben. An Deiner Schule gibt es Probleme und niemand hört Dir zu? **Dann melde es jetzt!** (Quelle: <https://faire.schule>)

Abgesehen davon, dass die Lehrer in der Überschrift schon durch die Nennung zwischen 'defekten Toiletten' und 'Gewalt auf dem Schulhof' herabgewürdigt werden, ist es interessant, dass in der anschließenden Erläuterung die 'neutrale politische Willensbildung' an die zweite Stelle (nach dem 'Anspruch auf Unterricht') vorgeückt ist. Man merkt die Absicht ...

Auch der nachfolgende Satz: »Schulleitung und Lehrer haben die Verantwortung, für die Probleme der ihnen anvertrauten Schüler ein offenes Ohr zu haben.« ist perfide: Haben Sie auch erst einmal irrtümlich bis »...haben die



Bild: Jane/AdobeStock

Verantwortung für die Probleme« gelesen? Dieser Satz macht zudem klar, dass auf der AfD-Meldeplattform Personen im Fokus und vorab unter Generalverdacht stehen. – An Unterrichtsausfall und Mängeln in der Schulausstattung können aber weder Lehrer noch Schulleitung kurzfristig etwas ändern.

Acht mögliche Kategorien von Vorfällen sind dann im Meldeformular auswählbar:

- zu viele Unterrichtsausfälle
- Drogenproblem(e) an der Schule
- Mängel an der Schulausstattung
- Gewalt an der Schule
- Mobbing
- Politische Beeinflussung
- Verletzung der Neutralität
- Sonstiges

Ein nettes Sammelsurium möglicher Probleme, für die ganz unterschiedliche Ansprechpartner verantwortlich sind:

Für **Unterrichtsausfälle** aufgrund schlechter Lehrerversorgung liegt die strukturelle Verantwortung bei Kultusministerium bzw. Landtag (über die Anzahl vorhandener Lehrerstellen im Staatshaushaltsplan) bzw. die Ursache in der aktuellen Nicht-Verfügbarkeit vor allem von Grundschullehrern.

Für **Mängel an der Schulausstattung** liegt die Verantwortung beim jeweiligen Schulträger (also in der Regel der Stadt oder Gemeinde, zu der die Schule gehört).

Lediglich **Politische Beeinflussung** wäre ein eindeutiger Verstoß gegen den Beuteslbacher Konsens, der sich auf Lehrkräfte zurückführen ließe.

Verletzung der Neutralität suggeriert, dass sich Lehrer politisch neutral zu verhalten hätten. Dies ist nicht der

Fall! – Lehrer müssen sogar offensiv für das Toleranzprinzip des Grundgesetzes eintreten, auf das sie vereidigt wurden!

GG Art. 3 (3) Satz 1:

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.

Mit diesem Grundgesetz-Artikel kann man den Höckes in der AfD nicht oft genug offensiv entgegnetreten!

Bei den anderen Punkten: **Drogenprobleme, Gewalt und Mobbing an der Schule** – wichtige Problemfelder, wenn sie an Schulen auftreten – darf man sich fragen, auf welche Weise die AfD hier eigentlich tätig werden will.

Die AfD hat seit dem ersten Versuch einer solchen Meldeplattform vor einem Jahr viel dazugelernt: Die Aufnahme offensichtlicher Probleme (zu hoher Unterrichtsausfall, schlechte Ausstattung) verschleiert die eigentliche Stoßrichtung der Meldeplattform und greift geschickt die Unzufriedenheit der Bürger über den Zustand unseres Schulsystems nach langjähriger Unterfinanzierung auf.

Eigentlich schade, dass weder Schulverwaltung noch andere Parteien bisher die Idee hatten, mittels vergleichbarer Internetseiten Probleme direkt zu erheben und dann auch konsequent anzugehen und Abhilfe zu schaffen.

Mit der Meldemöglichkeit, einer **'Verletzung der Neutralität'**, macht die AfD dann aber klar, wes Geistes Kind sie wirklich ist. Ein Pfui dafür!

Ralf Scholl, Vorsitzender des PhV BW

Resolution zur Berufspolitik

Die Lehrkräfte müssen sofort entlastet werden!

Mehr Bildungsqualität geht nur mit gesunden Lehrkräften und guten Arbeitsbedingungen.

Medienberichte zur hohen Teilzeitquote (zwei Drittel aller Lehrerinnen und Lehrern arbeiten in Teilzeit) zeigen, dass die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte rasch durch eine Verkleinerung der Klassen, eine Verringerung der Unterrichtsverpflichtung, eine Aufstockung des Pools von Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben und weitere Maßnahmen gesenkt werden muss.

Offensichtlich hat die steigende Heterogenität der Schülerschaft (durch die politisch gewollte Freigabe der Grundschulpflichtung) und die Anhäufung immer neuer Aufgaben für die Schulen (Individualisierung und Binnendifferenzierung, schulübergreifende Kooperationen, Beratung, Berufsorientierung, Gefährdungsbeurteilungen, Prävention, Inklusion, Medienbildung, Datenschutz, Digitalisierung, immer weiter steigender Verwaltungsaufwand ...) dazu geführt, dass sich Lehrkräfte nur durch Teilzeitbeschäftigung und damit freiwilligen Lohnverzicht in der Lage sehen, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Deshalb muss jetzt schnell dafür gesorgt werden, dass Lehrkräfte – sowohl Berufsanfänger als auch Ältere – mehrheitlich wieder in der Lage sind, einen vollen Lehrauftrag zu unterrichten.

Der Philologenverband Baden-Württemberg hat darum schon im Juli 2019 in einer Resolution ein Dreipunkte-Programm mit **dringenden Sofortmaßnahmen** vorgelegt:

- 1) **Absenkung der Unterrichtsverpflichtung** an den Gymnasien um zwei Stunden von 25 auf 23 Wochenstunden
- 2) **Absenkung des Klassenteilers** auf 28, in der gymnasialen Oberstufe auf 20 Schülerinnen und Schüler pro Lerngruppe
- 3) **Erhöhung des Pools der Anrechnungsstunden** für besondere Aufgaben der Gymnasien um mindestens fünfzig Prozent

Darüber hinaus müssen insbesondere ältere Lehrkräfte durch eine Verbes-

serung der **Altersermäßigung** und die Einführung einer **Altersteilzeitregelung** für alle Lehrkräfte entlastet werden, damit wieder der Großteil der Lehrkräfte bis zum Ruhestand vollbeschäftigt arbeiten kann. Bei Anrechnungsstunden und Altersermäßigung geht es um die Rücknahme von Verschlechterungen, die in der Vergangenheit als reine Sparmaßnahmen eingeführt wurden.

Auch die gymnasialen Schulleitungen brauchen Entlastung durch eine Aufstockung der **Leitungszeit**. Beim aktuellen Paket zur Unterstützung von Schulleitungen werden gymnasiale Schulleitungen nicht berücksichtigt.

Unnötige Belastungen wie zum Beispiel ein vorschneller Wechsel von Schwerpunktthemen im Abitur und übereilte Reformen wie die überstürzte Einführung des 'Qualitätskonzepts' müssen in Zukunft vermieden wer-

den. Die Lehrkräfte brauchen vor allem Kontinuität und eine bedachte Qualitätsentwicklung, um sich auf ihr Kerngeschäft, den Unterricht, konzentrieren zu können. Bundesländer mit weniger ausgeprägter Reformwut, wie Bayern und Sachsen, schneiden bei Schulleistungsstudien regelmäßig hervorragend ab.

Teilzeitbeschäftigung muss bei der Verteilung teilbarer schulischer Aufgaben berücksichtigt werden. Die Definition von 'teilbaren' und 'unteilbaren' Aufgaben muss klar sein: Alle Aufgaben außer der eigenen Unterrichtsverpflichtung und der Teilnahme an den Konferenzen sind teilbar. Teilzeitbeschäftigte dürfen nur entsprechend ihres Beschäftigungsumfangs mit teilbaren Aufgaben belastet werden.

Wenn **Mehrarbeit** unvermeidbar ist, müssen Lehrkräfte dafür einen angemessenen finanziellen Ausgleich erhalten.

Wenn ein Gymnasium **Ganztagsunterricht** anbieten soll, müssen ihm auch ausreichend Lehrerstunden für die Bildung, Betreuung und Aufsicht am Nachmittag zugewiesen werden. Es darf nicht sein, dass Lehrkräfte das

Fordern Sie jetzt unser
neues Programm 2020 an
oder informieren Sie sich unter:
www.srd-reisen.de



SRD Reisen

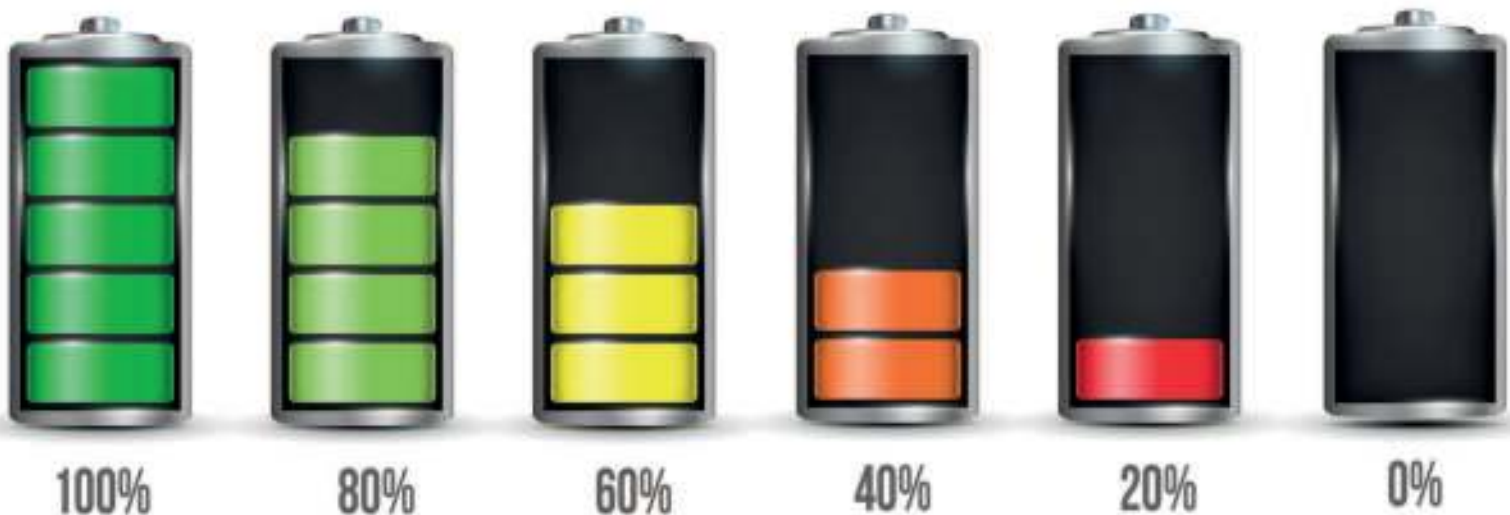
Reisen für Lehrer, Schulsehlergehörige und Kulturbegiertere

Rund-, Städte-, Wander-, Erholungs- und Fernreisen

Reisen Sie in den Pfingstferien 2020 nach:

· Ecuador	31. Mai	bis	12. Juni 2020	€ 2.847,-	pro Person im Doppelzimmer inkl. ausführlichem Programm, Halbpension und Flug ab/bis Stuttgart
· Provence	04. Juni	bis	11. Juni 2020	€ 1.561,-	pro Person im Doppelzimmer inkl. ausführlichem Programm, Halbpension und Bahnfahrt ab/bis Mannheim oder Karlsruhe

SRD REISEN – Ludwigsburg – Wiehl
Telefon: 0 71 41 / 97 10 00 oder Tel.: 0 22 62 / 71 71 00 | info@srd-reisen.de | www.srd-reisen.de



Ganztagsangebot durch Mehrarbeit aus der eigenen Tasche finanzieren.

Wenn verlässliche schulische Betreuung und Ganztags Ziele der Politik sind und dadurch vermehrter Vertretungsbedarf anfällt, muss Vertretungstätigkeit auch als Teil der Lehrerbearbeitungszeit berücksichtigt werden. Wie bei Ärzten müssen eventuelle Bereitschaftsdienste und Rufbereitschaften bei der Arbeitszeit berücksichtigt werden. Die nachteilige Gegenrechnung als 'Freizeitausgleich' von ausfallenden einzelnen Unterrichtsstunden mitten am Tag, die weder sinnvoll für die Erledigung dienstlicher Geschäfte noch für private Zwecke genutzt werden können, muss ein Ende haben!

Eine rasche und professionelle **Ausstattung der Lehrkräfte mit dienstlichen digitalen Endgeräten** auf dem aktuellen Stand der Technik (Notebooks bzw. Tablets) und die **Einrichtung einer digitalen Bildungsplattform** für die Schulen sind notwendig! Veraltete Verwaltungsprozesse behindern die Arbeit, hier könnte die Digitalisierung den Lehrern Zeit sparen, zum Beispiel bei Unterrichtsvorbereitung, Klassenlehrergeschäften, Kooperation und Kommunikation, Schülerakten, Notenverwaltung, Zeugniserstellung usw.

Wenn Öffentlichkeit und Bildungsplan digitale Medienbildung fordern, müssen die Lehrkräfte auch angemessen ausgestattet werden. Da der 'Digitalpakt' Land und Kommunen nur Gelder für die schulgebundene digitale Infrastruktur zur Verfügung stellt, müssen das Land und die Schulträger parallel dazu für die Ausstattung der

Lehrerschaft mit dienstlichen digitalen Endgeräten sorgen. Die Verwaltung schülerbezogener Daten auf privaten Lehrercomputern ist laut geltender Datenschutzgesetze schlicht unzulässig.

Genauso wie jede Firma oder die Schulverwaltung in Regierungspräsidium und Kultusministerium braucht jede Schule ausreichend Fachpersonal für die Wartung der IT-Infrastruktur und -Geräte.

Die für diese Entlastungsmaßnahmen erforderlichen **zusätzlichen Lehrstellen** müssen in einem Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellt werden. Dies würde den Bedarf an Neueinstellungen erhöhen, was im gymnasialen Bereich aber unproblematisch ist, da dort in allen sprachlichen, geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern ausreichend viele, gut ausgebildete Berufseinsteiger zur Verfügung stehen.

Angesichts der katastrophalen Einstellungssituation in den sprachlichen, geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern ist eine Verbesserung der Einstellungsmöglichkeiten an den allgemeinbildenden Gymnasien ohnehin dringend notwendig, um eine **nachhaltige Lehrereinstellung** zu sichern. Wenn Baden-Württemberg den Schweinezyklus mit periodisch abwechselndem Lehrermangel und Lehrerüberschuss überwinden will, muss jetzt antizyklisch über den Bedarf hinaus eingestellt werden, um die stetige Gewinnung von qualifiziertem Lehrernachwuchs zu sichern. Die Besten eines Jahrgangs müssen in allen Fächern für den Schuldienst in Ba-

den-Württemberg gewonnen werden, wenn die Qualität der Schulbildung nicht nur bewahrt, sondern gesteigert werden soll.

Weiterführende Hinweise

- Resolution des Philologenverbandes Baden-Württemberg von Juli 2019: **»Mehr Qualität im Bildungsbereich ist nur mit mehr Zeit für Bildung möglich!«**, siehe <https://www.phv-bw.de/presse-info/pressearchiv/207-2019/1951-mehr-qualitaet-im-bildungsbereich-ist-nur-mit-mehr-zeit-fuer-bildung-moeglich>
- SPIEGEL-Bericht von Juli 2019: **»Baden-Württemberg: Nur 45 Prozent der Lehrer arbeiten in Vollzeit«**, siehe <https://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/baden-wuerttemberg-nur-45-prozent-der-lehrer-an-schulen-arbeiten-vollzeit-a-1277081.html>
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg im Juli 2019: **»Jede zweite Lehrkraft an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen arbeitet nicht mit vollem Deputat«**, siehe <https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2019161>
- Der Bildungsforscher Ulrich Trautwein erklärt den Absturz Baden-Württembergs im Ländervergleich: **»Abgelenkt vom Kerngeschäft: Zu viele Reformen erschweren guten Unterricht.«** Siehe den SPIEGEL-Beitrag von Oktober 2016 unter <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-147594780.html>

Stellungnahme des Philologenverbandes Baden-Württemberg vom 5. Dezember 2019

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg u.a.

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) nimmt wie folgt zu dem Gesetzentwurf Stellung:

Zu Artikel 1 des Gesetzes (Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg) nimmt der PhV zu § 32 Grundsätze Absatz 2 und zu § 114 Datengestützte Schulentwicklung an Schulen wie folgt Stellung:

Der PhV kritisiert, dass 'Qualitätsentwicklung' anscheinend fast vollständig durch 'datengestützte' Schulaufsicht vorangetrieben werden soll. Dies ist von der Intention her verfehlt: Datenerhebungen aus kompetenzorientierten, zentralen Testungen wie Lernstand 5 oder VERA 8 bilden nur einen Teil dessen ab, was unter 'Bildung' zu verstehen ist. Bei der beabsichtigten datengestützten Schulentwicklung werden vor allem Basiskompetenzen bestimmter Fächer überprüft. Komplexere Fähigkeiten wie Problembewusstsein, Abstraktionsvermögen, Diskursfähigkeit und vor allem Werte- und Persönlichkeitsentwicklung verschwinden ebenso aus dem Fokus schulischer Qualitätsentwicklung wie die sportliche und musisch-ästhetische Bildung. Ein solch verarmter Bildungsbegriff wird der schulischen – und insbesondere der gymnasialen – Bildung einfach nicht gerecht.

Die genannten Bildungsaspekte sowie die entsprechende methodisch-didaktische und pädagogische Expertise der Lehrkräfte können nur durch die ganzheitliche Beobachtung von Unterrichtssituationen durch Experten (Fachberaterinnen und Fachberater, Fachleiterinnen und Fachleiter, Mentorinnen und Mentoren, Kolleginnen und Kollegen) erfasst und in Beratungsgesprächen mit der unterrichtenden Lehrkraft analysiert, evaluiert und weiterentwickelt werden.

Deshalb sollte die Kultusverwaltung den Schwerpunkt nicht ausschließlich auf die Erfassung von Datenmaterial, sondern gerade auch auf die Stärkung der persönlichen Unterstützungssysteme durch Lehrerbildung, -beratung und -fortbildung legen.

Der PhV wendet sich auch gegen das zentralistisch-formalistische Vorgehen mit 'Statusgesprächen' und anschließenden 'Ziel- und Leistungsvereinbarungen'. Dieses an Industrie und Wirtschaft angelehnte Controlling ist für den Bildungsbereich ungeeignet, denn hier können nicht objektivierbare Stückzahlen und Fehlerquoten bei der Warenproduktion optimiert werden. Schüler sind keine 'Produkte', Lehrkräfte keine Sach- oder Fabrikarbeiter, Schulen keine Werkhallen.

Der Philologenverband befürchtet, dass ein derartiges ausschließlich kennzahlenorientiertes Vorgehen zu unbe-

absichtigten Fehlsteuerungen im Bildungsbereich führt, indem sich Schulen und Lehrkräfte anstelle von 'Bildung' der Schülerinnen und Schüler auf die Erreichung der verlangten Kennzahlen in Form von Testergebnissen, Noten und formalen Abschlüssen verlegen, die im Zweifelsfall eben nicht mit den entsprechenden Inhalten und dem entsprechenden Können unterfüttert sind.

Derartige Optimierungen bei Durchfallquoten und bei Noten usw. sind natürlich durch Niveausenkungen leicht erreichbar. Ist sich die Kultusverwaltung dieser Gefahr in vollem Umfang bewusst?

Dem Philologenverband ist darüber hinaus unklar, welche Art von Zertifizierung in § 114 (1) gemeint ist. Der PhV möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass laut Artikel 7 GG (1) das gesamte Schulwesen unter der Aufsicht des Staates steht. Daher lehnt der PhV auch die Zertifizierung durch 'akkreditierte Drittanbieter' ab.

Unklar ist, was in § 114 (3) mit 'außerschulischen Bildungsdeterminanten' gemeint ist. Deshalb plädiert der PhV an dieser Stelle für eine Klarstellung bzw. genauere Erklärung.

Zu §116 Schulverwaltungssoftware 'Amtliche Schulverwaltung Baden-Württemberg (ASV-BW)'

Der Philologenverband begrüßt grundsätzlich einheitliche und einfache softwaregestützte Verfahren in der Schulverwaltung und hat dies in der Vergangenheit, insbesondere im Kontext von USO, immer wieder gefordert. Mit der nun geplanten Regelung im Schulgesetz ist allerdings keine Verbesserung, sondern eher eine Verschlechterung der Situation in der softwaregestützten Schulverwaltung zu befürchten, da der Gesetzestext die Tür für das – derzeit im gymnasialen Bereich zwingend einzusetzende – Programm 'LAV' offen lässt und so die bestehende ineffiziente Doppelstruktur auch für die Zukunft zementiert. Dabei sollte ASV-BW genau diese Doppelstruktur beseitigen und mit der Notwendigkeit einer zweifachen Buchführung Schluss machen. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass Dienststellenleitungen in LAV erstellte Tabellen in ASV-BW erneut eintippen müssen und dass keinerlei Schnittstellen zu weiteren Anwendungen, wie zum Beispiel Stundenplanprogrammen, existieren. Dieser Umstand verschwendet massiv Arbeitszeit und wird jetzt noch stärker spürbar, da ASV-BW nun für alle Schulen im Land verpflichtend wird.

Ein weiterer Grund zur Sorge ist für den Philologenverband der Umstand, dass ASV-BW seiner Kenntnis nach momentan von einem zuverlässigen und störungsfreien Regelbetrieb weit entfernt ist, obwohl es noch nicht flächendeckend eingesetzt wird.

Zu Artikel 2 des Gesetzes (Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg) nimmt der Philologenverband Baden-Württemberg wie folgt grundsätzlich Stellung:

Die geplante Besoldungsabsenkung für die Seminarleitungen sowie bei einzelnen Bereichsleitungen und einen Wegfall der offiziellen Funktion der stellvertretenden Seminarleitung sieht der Philologenverband sehr kritisch.

Eine verschlechterte Besoldung und ein Wegfall von beruflichen Entwicklungsperspektiven im Führungskräftebereich tragen nicht zu einer Steigerung der Attraktivität von Führungspositionen an den Seminaren bei. Es sollte aber gerade das Anliegen des Kultusministeriums und des Zentrums für Schulqualität und Lehrerbildung sein, die Besten und Fähigsten für diese Spitzenpositionen zu gewinnen. Das Vorhaben, die Leistungsfähigkeit und die Qualität des baden-württembergischen Bildungssystems zu verbessern, wird sich nur mit hoch motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und Leitungen an den Seminaren erreichen lassen.

Die Seminare haben in der Vergangenheit eine sehr gute, hochqualifizierte, verantwortungsvolle Arbeit geleistet. Die Strukturen im gymnasialen Seminarbereich haben sich bewährt. Diese nun zu Gunsten einer Struktur aufzugeben, die sich erst noch als besser und effektiver erweisen muss, scheint dem PhV zumindest gewagt.

Die Seminare sind nach unserer Einschätzung auch in Zukunft von zentraler Bedeutung für die auf Qualität ausgerichtete Ausbildung und neu auch für die Fortbildung der Lehrkräfte. Diese Aufgabe können sie nur mit einer guten Personalausstattung sowohl im Lehr- als auch im Verwaltungsbereich erfüllen. Schon in früheren Jahren arbeiteten die Seminare am Rande ihrer Kapazität. Große Referendarsjahrgänge auf der einen und geringe Personalausstattung und Einsparvorgaben bei Anrechnungen auf der anderen Seite führten oft zu großen Belastungen und Überlastung. Davon zeugen nicht zuletzt die zahlreichen aufgelaufenen Überstunden vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Seminare.

Nun sollen die Seminare zusätzlich Aufgaben in der Lehrkräftefortbildung übernehmen. Zwar ist auch vorgesehen, Aufgaben abzugeben, der PhV befürchtet allerdings, dass die dadurch entfallende Arbeit in keinem Verhältnis zum abzugebenden Personal (Bereichsleitungen und stv. Seminarleitungen) steht.

Außerdem sind die Seminare seit jeher nah an den Referendarinnen und Referendaren und können so bestimmte Verwaltungstätigkeiten am besten erledigen. Dem Philologenverband erschließt sich nicht, wie die Seminare mit einer ausgedünnten Personaldecke zusätzliche Aufgaben im Bereich Fortbildung übernehmen sollen. Angesichts einer höheren Aufgabenfülle scheint der Wegfall der stellvertretenden Seminarleitungen vor Ort höchst kontraproduktiv zu sein.

gez. Ralf Scholl

Vorsitzender des Philologenverbands Baden-Württemberg

Fatale Fehlsteuerung im 'Qualitätskonzept'

Datengestützte Schulentwicklung:

Mit Tunnelblick an ganzheitlicher Bildung vorbei

Der Philologenverband Baden-Württemberg kritisiert, dass Qualitätsentwicklung in der aktuellen Schulgesetznovelle primär als 'datengestützte' Schulaufsicht verstanden wird. Datenerhebungen aus kompetenzorientierten zentralen Testungen wie Lernstand 5 oder VERA 8 bilden nur einen Teil dessen ab, was unter 'Bildung' verstanden wird.

Bei der avisierten datengestützten Schulentwicklung werden vor allem Basiskompetenzen bestimmter Fächer überprüft. Komplexere Fähigkeiten wie Problembewusstsein, Abstraktionsvermögen, Diskursfähigkeit und vor allem Werte- und Persönlichkeitsentwicklung sowie sportliche und musisch-ästhetische Bildung verschwinden aus dem Fokus schulischer Qualitätsentwicklung. Ein solch verarmter Bildungsbegriff wird schulischer – und insbesondere gymnasialer – Bildung nicht gerecht.

Die genannten Bildungsaspekte und die entsprechende methodisch-didaktische und pädagogische Expertise der Lehrkräfte können nur durch die ganzheitliche Beobachtung von Unterrichtssituationen durch Experten (Fachberater, Fachleiter, Mentoren, Kollegen) erfasst und in Beratungsgesprächen mit der unterrichtenden Lehrkraft analysiert, evaluiert und weiterentwickelt werden.

Deshalb sollte die Kultusverwaltung den Schwerpunkt nicht auf die Erfassung von Datenmaterial, sondern auf die Stärkung der persönlichen Unterstützungssysteme durch Lehrerbildung, -Beratung und -Fortbildung legen.

Der HPR wendet sich auch gegen das zentralistisch-formalistische Vorgehen durch 'Statusgespräche' und anschließende 'Ziel- und Leistungsvereinbarungen'. Dieses an das im Wirtschaftsbereich angelehnte Controlling ist für den Bildungsbereich ungeeignet, denn hier können nicht objektivierbare Stückzahlen und Fehlerquoten bei der Warenproduktion oder dergleichen optimiert werden. Schüler sind keine 'Produkte', Lehrkräfte keine Sach- oder Fabrikarbeiter, Schulen keine Werkhallen.

Ein solches zentralplanerisches, kennzahlenorientiertes Vorgehen führt unweigerlich zu unbeabsichtigten Fehlsteuerungen im Bildungsbereich, indem sich Schulen und Lehrkräfte anstelle von 'Bildung' der Schülerinnen und Schüler auf die Produktion der verlangten Kennzahlen in Form von Testergebnissen, Noten und formalen Abschlüssen verlegen.

Solche Optimierungen bei Durchfallerquoten, Noten usw. sind natürlich erreichbar. Ob dies der Bildung dient, wird nicht hinterfragt, obwohl es höchst fragwürdig ist.

Dies ist ein fataler Systemfehler der datengestützten Schulentwicklung neoliberaler Prägung, die im Übrigen inzwischen international nachweislich gescheitert ist, wie der umfangreiche bildungswissenschaftliche Forschungsüberblick in 'Der bildungsindustrielle Komplex' von Richard Münch (Beltz, Juventa, 2018) eindrucksvoll zeigt.

Cord Santelmann



>> v.l.n.r.: Christian Unger, Mathias Friederichs, Martina Scherer, Thomas Rosenthal, Ralf Scholl

Treffen mit dem Verband der Schulgeographen

Die kürzlich in einer Pressemeldung der JuPhi erhobene Forderung zum Thema Fridays for Future, wieder mehr Stunden für die Fächer Gemeinschaftskunde und Geographie einzuführen, um Nachhaltigkeit zu unterrichten, traf unter anderem beim Landesverband der deutschen Schulgeographen e.V. (VDSG) auf große Zustimmung.

Ein erstes Treffen wurde von Mathias Friederichs, dem 2. Vorsitzenden der Schulgeographen in Baden-Württemberg, initiiert und von der JuPhi-Landesvorsitzenden Martina Scherer organisiert und geleitet.

Am 26. November 2019 trafen sich in der Landesgeschäftsstelle die beiden Vorsitzenden der Schulgeographen, Thomas Rosenthal (1. Vorsitzender) und Mathias Friederichs (2. Vorsitzender) mit dem Landesvorsitzenden des PhV, Ralf Scholl, dem Bezirksvorsitzenden aus Nordwürttemberg, Christian Unger, und der JuPhi-Landesvorsitzenden Martina Scherer.

In einem sehr produktiven Austausch wurden Möglichkeiten der Kooperation ausgelotet, Gemeinsamkeiten herausgearbeitet und gemeinsam Ziele formuliert.

Die Geographie ist neben Gemeinschaftskunde eines der Fächer, das bei den Neuerungen der Stundentafel in den letzten Jahren viele Stunden verloren hat. Dabei sind gerade diese Fächer besonders geeignet, aktuelle Themen zu behandeln, um mit Nachhaltigkeit und Demokratiebildung nur zwei zu nennen. Das nächste Treffen ist für Februar geplant, damit die Kooperation weitere Früchte tragen kann. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Verbänden soll mit weiteren Treffen fortgesetzt werden.

Martina Scherer

JuPhi - bbw Jugend - junger VBE

Das neue Team der BBW Jugend nutzte das Jung-Lehrerwochenende des VBE am 8. und 9. November in Pforzheim und stellte sich vor. Seit etwa einem Jahr liegt die Landesjugendleitung des BBW unter anderem in den Händen von Julia Nußhag und André Geiss, die den jungen Kollegen die Möglichkeiten vorstellten, welche der Dachverband ihnen bietet.

Ein Workshop an diesem Wochenende behandelte das Thema 'Schreckgespenst Datenschutz' und räumte Mythen zum Datenschutz an Schulen aus. Der Schulleiter der Albert-Schweizer-Realschule Bruchsal vermittelte den Teilnehmern mit Witz, Humor und sehr fundiertem Wissen die wichtigsten Aspekte des Datenschutzes. Der Austausch und die direkte Behandlung von Fragen aus dem Plenum nahmen hier einen großen Raum ein.

Ähnlich wie bei den JuPhi-Klausurtagungen war auch hier in einem weiteren Block die Arbeit an einem Positionspapier vorgesehen. Dabei herrschte großer Diskussionsbedarf. Gemeinsam wurde auch über die Außenwirkung und über eine mögliche Entwicklung gesprochen. Die Landesvorsitzende der JuPhi, Martina Scherer, und ihr Stellvertreter Maximilian Röhricht wurden in diesem Kreis freundschaftlich und kollegial empfangen.

Der Tagungsort in Pforzheim bot am Ende der Tagung noch einen Ausklang der konstruktiven Arbeitsphase im Gasometer mit einem 360 Grad Blick in die Ausstellung: 'Great Barrier Reef'. Danke an den jungen VBE für die Einladung und die Organisation.

Martina Scherer



>> v.l.n.r.: bbw Jugend: André Geiss, Julia Nußhag; Junger VBE: Sabine Gärtner und Mira Brühmüller; JuPhi: Martina Scherer, Maximilian Röhricht

Landesjugendausschuss in Karlsruhe

Martina Scherer, Landesvorsitzende der Jungen Philologen, traf in Karlsruhe beim Landesjugendausschuss auf Ingo Wellenreuther, der im Rahmen der Sitzung einen Vortrag zum Thema Recht, Sport und Politik hielt. Bei diesem zweiten Landesjugendausschuss der bbw-jugend am 20. November 2019 in der BBBank-Zentrale in Karlsruhe nutzte die Landesjugendleitung die Gelegenheit, ihren Mitgliedern mit Ingo Wellenreuther einen vielseitig aktiven Gesprächspartner für einen regen Austausch zu präsentieren.

Den Anfang des Tages machte die Landesjugendleitung mit ihrem Geschäftsbericht. Ein großer Erfolg des Jahres 2019 war das jugendpolitische Sommerfest, dessen Ablauf die Landesjugendleitung mehr als zufrieden stimmte. Viele Vertreter der Fachverbände, auch die JuPhi, waren anwesend, und die jugendpolitischen Vertreter nutzten diesen Abend für einen regen Austausch.

Mirjam Feist, die Vorsitzende, und vor allem ihre beiden Stellvertreter Julia Nußhag und André Geiss, leiteten stringent durch die Sitzung. Jo-

hanna Zeller war für den Kassenbericht zuständig.

Den Teilnehmern des Landesjugendausschusses wurde die vorläufige Jahresplanung präsentiert. Erstmals werden von Seiten der bbw-jugend Seminare für die Mitglieder der Fachjugendverbände, aber darüber hinaus auch für alle Interessierten angeboten. Die beiden Seminarangebote im kommenden Jahr werden zum jetzigen Zeitpunkt voraussichtlich die Schwerpunkte Altersvorsorge und Digitalisierung haben.

Sowohl für die Landesjugendleitung als auch für die anwesenden Mitglieder stellte der Besuch von Ingo Wellenreuther ein besonderes Highlight dar. Die Gelegenheit konnte für einen ungezwungenen Austausch genutzt werden. Zum einen wurde Wellenreuther als Vorsitzender des KSC zum bevorstehenden Derby und zur aktuellen Situation des KSC befragt, zum anderen war seine Erfahrung aus seiner langjährigen politischen Tätigkeit gefragt. Auf eine Frage von Philipp Weimann vom BSBD zur monetären und materiellen Ausstattung der Bediensteten im öffentlichen Dienst zeigte sich Ingo

Wellenreuther verständnisvoll für die vorgebrachten Anliegen und versicherte, dass er selbst die aktuelle Situation insbesondere zur Ausstattung der Arbeitsplätze für nicht tragbar hält. Darüber hinaus wurde das Thema 'Digitalisierung an den Schulen' angesprochen, bei welchem besonders Martina Scherer von den JuPhi mit Ingo Wellenreuther in einen regen Austausch trat.

Martina Scherer



>> v.l.n.r.: Petra Hasebrink (BBBank), Ingo Wellenreuther und Martina Scherer

Der neue Bezirkspersonalrat Nordwürttemberg

Die neue Fraktion des Philologenverbandes im Bezirkspersonalrat am Regierungspräsidium Nordwürttemberg (v.l.n.r.):

Martin Brenner,
Uschi Kampf,
Christian Unger,
Edelgard Jauch
(Vorsitzende),
Peter Landfried,
Laura Schönfelder
und Ralf Scholl





>> Einigkeit bei der Beschlussfassung.

Arbeitszeit im Blickpunkt

Eingeleitet wurde die zweite Sitzung des Hauptvorstandes am 13. Dezember 2019 durch ein Grußwort von Kai Rosenberger, dem Vorsitzenden des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW). Dieser sicherte dem Philologenverband Baden-Württemberg in allen zentralen Fragen Unterstützung und Solidarität zu. Insbesondere legte er in seinen Ausführungen ein klares Bekenntnis zum gegliederten Schulwesen ab.

Als zentrales Anliegen des BBW bezeichnete Kai Rosenberger die Arbeitszeitfrage. Es sei skandalös, dass Baden-Württemberg trotz weiterhin steigender Steuereinnahmen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit der Landesbeamtinnen und -beamten von 41 Stunden das Schlusslicht unter den 16 Bundesländern bilde. Beide derzeitigen Regierungsparteien (Grüne und CDU) sperrten sich aber rigoros gegen jegliches Ansinnen einer Arbeitszeitsenkung und zeigten keinerlei Gesprächsbereitschaft bei diesem Thema.

Kai Rosenberger ließ keinen Zweifel daran, dass die vom BBW geforderte Senkung der Wochenarbeitszeit alle Landesbediensteten, also auch die Lehrkräfte mit einer entsprechenden Deputatssenkung, umfassen müsse. Ebenso ist es für den BBW selbstverständlich, dass die Reduzierung der Arbeitszeit mit der Einstellung von mehr Personal einhergehen müsse und nicht den Bediensteten derselbe



>> Kai Rosenberger, Vorsitzender des BBW.

Arbeitsumfang in kürzerer Zeit abverlangt werden dürfe.

Mit Blick auf die Arbeitszeit wies Rosenberger darauf hin, dass lediglich rund vierzig Prozent der Lehrkräfte in Vollzeit arbeiteten, was sicherlich nicht zuletzt auf die enorme Arbeitsbelastung zurückzuführen sei. Er führte auch aus, dass alle Arbeitszeituntersuchungen zeigten, dass die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte am Gymnasium höher als in anderen Schularten sei.

Inhaltlich griff die Versammlung die Forderung nach einer Deputatssen-

kung in einer Resolution zur Berufspolitik (s. S. 5 in dieser Ausgabe) auf.

Im Leitantrag zu diesem Thema, der von der Versammlung einstimmig (bei wenigen Stimmenthaltungen) verabschiedet wurde, forderten die Delegierten:

1. Absenkung der Unterrichtsverpflichtung an den Gymnasien von 25 auf 23 Wochenstunden,
2. Absenkung des Klassenteilers auf 28 in der Unter- und Mittelstufe und auf 20 Schülerinnen und Schüler pro Lerngruppe in der gymnasialen Oberstufe,
3. Erhöhung des Pools der Anrechnungsstunden für besondere Aufgaben um mindestens fünfzig Prozent.

Im Bericht des Landesvorsitzenden ging Ralf Scholl auf innerverbandliche Neuerungen ein, wozu vor allem eine neue Homepage mit geschütztem internen Bereich und eine neue



>> Ralf Scholl, Vorsitzender des PhV BW.

leistungsfähige Mitgliederverwaltung mit einem Veranstaltungsmanagementmodul zählten. Für den internen Bereich hätten alle Mitglieder bereits Zugangsdaten erhalten. Bei Bedarf könnten Mitglieder, die diese nicht mehr haben oder nicht rechtzeitig aktiviert haben, diese neu anfordern. Der Landesvorstand verspreche sich durch diese Neuerung eine Vereinfachung der Kommunikation mit den Mitgliedern und Funktionsträgern sowie eine fortwährende zeitnahe Aktualisierung der Mitgliederdaten. Das Veranstaltungsmanagement habe sich bereits bei einigen großen Maßnahmen bewährt und auch für die Bezirke die Arbeit etwa bei der Organisation von Personalräteschulungen vereinfacht. Eine optische Überarbeitung der Homepage solle noch erfolgen.

Zum Thema Bildungs- und Berufspolitik berichtete Ralf Scholl von Gesprächen mit den bildungspolitischen Experten von CDU, FDP, SPD und Grünen. Unsere Forderung nach einer flächendeckenden Zulassung von G9 würde derzeit nur von der FDP unterstützt. Da es zwischenzeitlich jedoch von Seiten der Wirtschaftsverbände Stimmen gäbe, zu G9 zurückzukehren, bestünde dennoch eine gewisse Hoffnung, dieses Ziel erreichen zu können.

Scholl ging auch auf die jüngste IQB-Bildungsstudie ein, bei der Baden-Württemberg erneut schlecht abgeschnitten hat. Führend hingegen seien mit Bayern, Sachsen und Thüringen ausgerechnet diejenigen Bundesländer, in denen die Grundschulempfehlung verbindlich ist.

Für Baden-Württemberg beanstandete Scholl, dass es noch keine Fortbildungsplanung für das Schuljahr 2020/2021 gibt, da das neu gegründete Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL) sowohl personell als auch räumlich noch nicht voll betriebsfähig sei.

Im Rahmen der Hauptvorstandssitzung fand auch die Verabschiedung von Karl-Heinz Wurster statt, der aus gesundheitlichen Gründen sein Amt als Referent für Pensionäre im Landesvorstand niedergelegt hat. Ralf



>> Karl-Heinz Wurster, ehemaliger Landesvorsitzender des PhV BW.



>> Martin Brenner, Schatzmeister des PhV BW.

Scholl dankte ihm für die seit 2008 in diesem Amt und zuvor in vielen anderen Funktionen geleistete Arbeit. Er beschrieb Wurster als eine Persönlichkeit, die sich während ihres gesamten Berufslebens für den Philologenverband, dem Wurster 1967 beigetreten war, engagiert habe. Er habe sich dabei unter anderem als Vorsitzender des Bezirksverbandes Nordwürttemberg (1993 bis 2004), als stellvertretender Landesvorsitzender (2000 bis 2004) und schließlich als Landesvorsitzender (2004 bis 2008) in exponierter und verantwortungsvoller Position verdient gemacht. Ralf Scholl schloss seine Würdigung mit den Worten: »Karl-Heinz Wursters Heimat ist der PhV und mehr als sein halbes Leben.«

Beim Bericht aus dem Hauptpersonalrat bedauerte Jörg Sobora, dass das Land nicht zur Rücknahme der Kürzungen beim Entlastungskontingent bereit sei. Er bemängelte auch die geringe Zahl von A14-Beförderungsstellen beim konventionellen Verfahren, bei dem landesweit nur zehn Stellen im Mai 2020 zur Verfügung stünden. Da sich diese Situation auch mittelfristig so abzeichne, fordere der Hauptpersonalrat eine Stellenhebung, durch welche eine größere Zahl von A13-Stellen in A14-Stellen umgewandelt würden, um den jungen



>> Jörg Sobora, Vorsitzender des HPR Gymnasien.

A13-Lehrkräften bessere Beförderungsmöglichkeiten zu eröffnen.

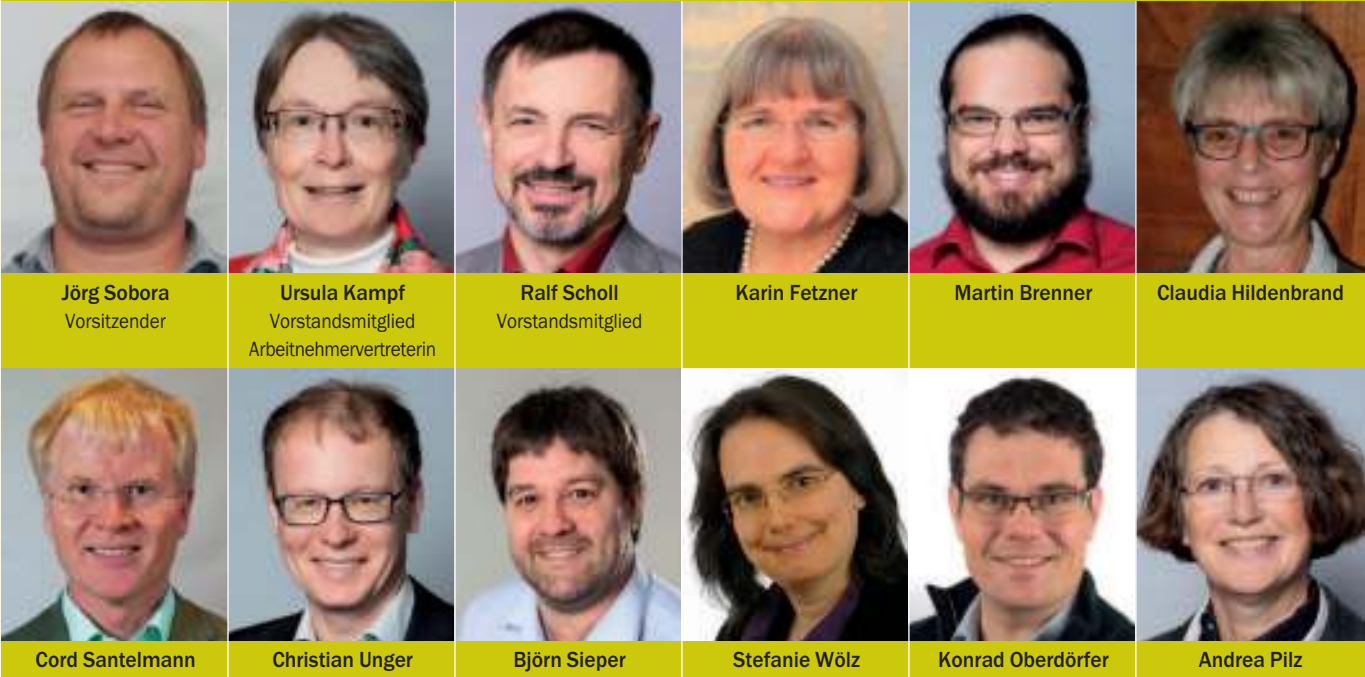
Ferner bedauerte er, dass sich die juristischen Auseinandersetzungen mit dem Ministerium bei den strittigen Themen 'Abiturkorrekturzeiträume' und 'Distribution der Abituraufgaben' unsäglich in die Länge zögen.

Im Kassenbericht wies Martin Brenner vor allem auf die durch den Personalratswahlkampf bedingten besonderen Ausgaben im Berichtszeitraum hin. Des Weiteren beleuchtete er die Abgaben an die Dachverbände, welche einen nicht unerheblichen Teil der Ausgaben einnahmen. Vor diesem Hintergrund berichtete er von der Sitzung einer Beitragskommission, die Vorschläge für eine Beitragsstrukturreform erarbeitet habe, die vor allem eine maßvolle Anhebung der bislang sehr niedrigen Beiträge der Senioren nach sich ziehen könne.

Ein weiteres Thema waren Beratungen zum Umgang mit dem Fehlen von Schülerinnen und Schülern im Zusammenhang mit den 'Fridays for Future'. Vor der unbestrittenen Notwendigkeit, sorgsam mit unserer Natur umzugehen, wurde auf die Bedeutung des Unterrichtsfaches Geographie hingewiesen. Matthias Friedrichs vom Verband Deutscher Schulgeographen, der als Gast eingeladen war, beklagte vor diesem Hintergrund die Kürzungen in der Stundentafel in den Fächern Geographie und Gemeinschaftskunde. Er forderte in diesen Fächern durchgängig in allen Klassenstufen zwei Stunden Unterricht pro Woche. Der Philologenverband Baden-Württemberg sicherte den Schulgeographen seine Unterstützung zu. Man wolle den ursprünglich von den JuPhi initiierten Kontakt fortsetzen und die Zusammenarbeit intensivieren.

Helmut Hauser

Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim KM + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim KM



Korrekturzeiträume beim schriftlichen Abitur (ab 2020)

Der Hauptpersonalrat hat das Kultusministerium mehrmals gebeten, ein Schreiben an die Schulen zu verschicken, in dem der Vorrang des Abiturs auch aktenkundig festgestellt wird. Dies würde besonders belasteten Lehrkräften mehr Spielraum geben, denn sie könnten bei Beantragung von zusätzlicher Korrekturzeit bei ihren Schulleitungen darauf verweisen.

Aufgrund der Tatsache, dass das Fach Deutsch ab dem Abitur 2020 sehr spät dran sein und so sehr wenig Korrekturzeit für die Deutschlehrkräfte zur Verfügung stehen wird, hat der Hauptpersonalrat das Kultusministerium erstmals gebeten, speziell

für das Fach Deutsch einen dritten Korrekturtag zu gewähren. Der HPR argumentierte, dass das Korrekturfach Deutsch mit durchschnittlich fünfzig Stunden reiner Korrekturzeit pro Kurs (eigene Umfrage des HPR Gymnasien) mehr Zeit für eine qualitativ hochwertige Korrektur benötigt. Leider ist das Kultusministerium diesem Wunsch nicht nachgekommen.

Hinsichtlich des beim Verwaltungsgericht Stuttgart anhängigen Beschlussverfahrens, mit dem der Hauptpersonalrat sein Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Umschlagtermine der korrigierten Abituraufgaben erwirken möchte, gibt es noch keine Neuigkeiten.

Reisekosten der Lehrkräfte bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen

Das Kultusministerium arbeitet weiter an der neuen Version der Verwaltungsvorschrift Außerunterrichtliche Veranstaltungen. Das Kultusministerium kann nicht genau sagen, wann der erste Entwurf in die Anhörung gegeben wird. Dies könnte frühestens ab Februar 2020 der Fall sein. Der Hauptpersonalrat Gymnasien rät deshalb wiederholt allen Betroffenen, die nach derzeit geltender Rechtslage für ihre Übernachtungskosten nur eine gekürzte Pauschale pro Tag zugestanden bekommen, unbedingt innerhalb der Frist von einem Monat schriftlich Widerspruch gegen ihren Bescheid einzulegen. Das Kultusministerium hat versichert, dass die Betroffenen dann in einem Schreiben das Ruhen des Verfahrens bestätigt bekommen, so dass keine Ansprüche auf höhere Erstattungen für Übernachtungen aufgrund zu erwartender, höherer Mehraufwandspauschalen verfallen dürften.



Bild: PhotographyByMik-AdobeStock

Vor kurzem erhielt der Hauptpersonalrat ein Schreiben vom Kultusministerium, in dem es bestätigt, dass auch internationale Schülergruppenaustausche von der neuen Verwaltungsvorschrift erfasst werden. Reisekosten und Aufwandsvergütungen (statt Übernachtungspauschalen, wie bei anderen außerunterrichtlichen Veranstaltungen) werden allerdings über das Regierungspräsidium Stuttgart abgewickelt und nicht über das LBV. Scheinbar gibt es auch nicht in jedem Fall der Abrechnung einen offiziellen Bescheid. Dennoch rät der Hauptpersonalrat allen Lehrkräften, die Reisekosten bei internationalen Schülergruppenaustauschen beantragen und nicht die vollen Kosten erstat-

tet bekommen (was der Regelfall sein sollte, da im Moment noch die alten rechtlichen Regelungen gelten), auch in diesen Fällen schriftlich Widerspruch einlegen.

Der Hauptpersonalrat Gymnasien drängt das Kultusministerium insgesamt auf eine Vereinfachung der Abrechnungsmodalitäten und Bündelung der Ansprechpartner hinsichtlich der Abrechnung von Reisekosten von Lehrkräften bei allen außerunterrichtlichen Veranstaltungen (inklusive Austausch). Zuständig sollte das Landesamt für Besoldung und Versorgung sein.

VwV Einstellung/Einstellungserlass

Im kommenden Einstellungsjahr wird vom Kultusministerium für langjährig bewährte Nichterfüllerinnen und Nichterfüller, die zum Teil über Jahre mit befristeten Verträgen vorwiegend in den Fächern Bildende Kunst, Musik und Sport tätig sind, die Möglichkeit eröffnet, sich bei sehr guter dienstlicher Beurteilung und Fehlen von voll ausgebildeten Lehrkräften für diese Schulen für eine unbefristete Anstellung beim Land zu bewerben. Dies ist

neu, und Lehrkräfte, die solche Kolleginnen und Kollegen in ihren Kollegien haben, sollten diese auf diese Möglichkeit hinweisen.

Eine weitere Neuerung ist die Möglichkeit der Beschäftigung von befristet Beschäftigten über die Sommerferien hinaus, wenn die zu vertretende Lehrkraft in Mutterschutz, Elternzeit oder längerer Krankheit verweilt und dies über das Schuljahresende andauern wird.

Das neue Lehrerfortbildung-Online-System (LFBO neu)

Auch nach Einführung des neuen Systems läuft immer noch nicht alles reibungslos. Lehrkräfte sollten bis zum Ende des vergangenen Jahres ihr Fortbildungsportfolio aus dem alten System gesichert haben, da seit Beginn des neuen Kalenderjahres niemand mehr ins alte System kommt.

Personalräte wünschen sich gern eine 'Historie' ihrer Entscheidungen, um besser nachvollziehen zu können, wann sie wen zu einer Fortbildung zugelassen haben, und wann eine Lehrkraft zuletzt eine Fortbildung besucht hat, da letzteres ein mögli-

ches Kriterium für eine neuerliche Teilnehmerauswahl sein kann.

Lehrkräfte und Lehrgangleitungen wünschen sich automatische E-Mail-Benachrichtigungen für bestimmte Vorgänge (wie zum Beispiel bei Zulassungen oder Eingängen von Bewerbungen).

Das ZSL hat dem Hauptpersonalrat versichert, dass an einem Lehrgangsleitungsmodul und einem personalisierten Newsletter gearbeitet wird, bei dem man mit Stichwörtern jeweils eine Info zu Fortbildungen zu den eigenen Fächern zusammenstellen kann.

Stellungnahmen des HPR zu verschiedenen Themen

Der Hauptpersonalrat hat sich in einer Stellungnahme zur geplanten Änderung des Schulgesetzes grundsätzlich skeptisch hinsichtlich der datengestützten Schulentwicklung ausgesprochen. Der HPR sieht Bildung als etwas Ganzheitliches an, bei dem vieles nicht gemessen bzw. vermessen werden kann, wie zum Beispiel die Wertebildung.

Der HPR hat sich kritisch geäußert, was die Veränderungen an den Seminaren für Lehrerbildung- und Fortbildung angeht. Insbesondere die Senkung der Besoldung der Seminarleitungen, die Abschaffung der stellvertretenden Seminarleitungen und die Verringerung der Be-

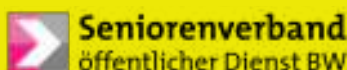
reichsleitungen sieht der Hauptpersonalrat nicht als qualitätsfördernde Maßnahmen an. Der HPR sieht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Seminare überlastet und fragt sich, wie mit weniger Personal mehr Aufgaben geschultert werden können.

Der Hauptpersonalrat hat das Kultusministerium gebeten, sich möglichst schnell für eine rechtssichere und praktikable Kontoführung bei außerunterrichtlichen Veranstaltungen und für die Abschaffung der A 1-Bescheinigungen für Dienstreisen ins europäische Ausland, wie zum Beispiel bei Studienfahrten oder Austausch, einzusetzen.

Jörg Sobora

Tipps für Senioren ...

... die auch gerne im Internet unterwegs sind.



- Unser Mitglied Margit Fischbach und ihr Ehemann Professor Dr. Karl Fischbach betreiben die soziale Webseite Seniorentreff im Internet mit viel Interessantem und Nützlichem speziell für Senioren (<https://www.seniorenportal.de>)
- <https://senioren-oed-bw.de> ist die offizielle Webseite des Landesseniorenverbandes, in dem unsere Ruheständler automatisch vertreten sind.

Thema aktuell

heute: FDP

Die Grundschulempfehlung wieder verbindlich machen

Am 4. Dezember 2019 legte die FDP/DVP-Landtagsfraktion ein neues bildungspolitisches Impulspapier zu einem **'Kraftakt für erstklassige Bildung in Baden-Württemberg'** vor. Unter anderem fordern wir darin die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung. Da wir diesen Schritt für dringend erforderlich halten und ein angemessener zeitlicher Vorlauf zu seiner Umsetzung notwendig ist, haben wir zugleich auch einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht (Landtags-Drucksache 16/7463). Das Inkrafttreten ist für den Beginn des Schuljahres 2020/2021 vorgesehen, sodass der Übergang auf die weiterführenden Schulen erstmals zum Schuljahr 2021/2022 auf der Grundlage einer verbindlichen Grundschulempfehlung erfolgen würde.

Neben den Sitzenbleiber- und Schulwechslerquoten in den Klassen 5, 6 und 7 der Gymnasien und Realschulen, die nach der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung wie von uns befürchtet emporschnellten und sich fortan leider auf einem hohen Niveau hielten, weist eine jährliche Umfrage des Philologenverbands auf den hohen Anteil der überforderten Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien hin. Dass ihr Anteil in der Klassenstufe 5 gegenüber dem Schuljahr 2017/2018 von 5,6 Prozent auf 5,1 Prozent gesunken ist, könnte auch auf die zum Schuljahr 2018/2019 erstmals verbindlich vorzulegende Grundschulempfehlung zurückzuführen sein. Dies könnte zwar für eine gewisse, aber zugleich auch begrenzte Wirksamkeit dieser Maßnahme sprechen.

Bereits im Jahr 2014 hat die FDP/DVP Fraktion im Rahmen eines Vorstoßes für einen stabilen Schulfrieden erklärt, dass wir die Wiedereinfüh-



von Dr. Timm Kern,
MdB

rung einer verbindlichen Grundschulempfehlung nicht scheuen, wenn sich die Situation der angestiegenen Sitzenbleiberquoten trotz Akutmaßnahmen nicht eindeutig verbessert. Die grün-schwarze Koalition hat zwar eine der von uns geforderten Akutmaßnahmen mit der verbindlichen Vorlage der Grundschulempfehlung umgesetzt, kann sich aber auf ein konsequentes Vorgehen hierbei nicht einigen. Die Planungen der Kultusministerin, dass der weiterführenden Schule nach dem Vorbild Bayerns zentrale Angaben zum anzu-meldenden Schüler vorgelegt werden müssen, dort unter anderem Noten zu allen Fächern, geht zwar pädagogisch sicherlich in die richtige Richtung. Eine Lösung des Problems der hohen Sitzenbleiberquoten lässt sich davon jedoch nicht erwarten.

Nicht ignoriert werden darf schließlich, dass die baden-württembergischen Schülerleistungen im Bundesvergleich in dramatischer Weise einbrachen, während Bayern, Sachsen und Thüringen ihre Spitzenpositionen insbesondere im Bereich der Naturwissenschaften und der Mathematik erfolgreich verteidigen konnten. Diese drei Bundesländer verfügen nicht nur über ein vielfältiges und differenziertes Schulsystem, sondern auch als einzige über eine verbindliche Grundschulempfehlung für die weiterführende Schulart nach Klasse 4. Wenn

man bedenkt, wie sehr eine verbindliche Grundschulempfehlung die Bildung von Klassen aus Schülern mit vergleichbaren Begabungen und Leistungsvoraussetzungen erleichtert, wird das konstant gute Abschneiden der drei Bundesländer erklärbar. Nach Auffassung der FDP/DVP Fraktion ist eine solche äußere Differenzierung eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass jeder Schüler bestmöglich gefördert werden kann. Von einer verbindlichen Grundschulempfehlung erwarten wir uns deshalb einen substanziellen Beitrag zum Erfolg der Schüler und des vielfältigen und differenzierten Schulsystems insgesamt, was wiederum eine wichtige Voraussetzung für den Bildungserfolg unseres Bundeslandes insgesamt darstellt.

Wichtig ist uns bei einer verbindlichen Grundschulempfehlung, dass es eine Möglichkeit ihrer Überprüfung gibt. Unser Gesetzentwurf sieht deshalb vor, dass ein Schüler auch durch Bestehen einer Aufnahmeprüfung an einer Schule der gewünschten Schulart aufgenommen werden kann. Die FDP/DVP Fraktion favorisiert eine Aufnahmeprüfung auf der Grundlage einheitlicher Standards an der weiterführenden Schule, für die sich der Schüler bewirbt. Besteht er die Prüfung, gilt die Aufnahme nur für die betreffende Schule. Hierbei handelt es sich jedoch nur um einen Vorschlag für die Durchführungsbestimmungen, der nicht Teil der von uns vorgeschlagenen Gesetzesänderung ist. Priorität hat für uns Freie Demokraten, dass der Landtag den Weg für die Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung einschließlich einer Möglichkeit ihrer Überprüfung freimacht, denn: Ein zweiklassiges Bildungssystem kann sich unser Land nicht leisten.

Blick über den Tellerrand:

Landesrealschultag in Herrenberg

Der Realschullehrerverband (RLV) traf sich am 24. Oktober 2019 unter dem Motto 'Starke Realschule. Starkes Land.' zum Landesrealschultag 2019 in Herrenberg. Der RLV arbeitet wie der PhV unter dem Dach des BBW, und wir haben viele gemeinsame bildungspolitische Ziele. Als Vertreterin des PhV BW war ich zum öffentlichen Teil des Realschultags eingeladen.

Zu dieser Veranstaltung, die alle drei Jahre stattfindet, waren viele externe Gäste gekommen, darunter örtliche Politiker, Bildungspolitiker verschiedener Parteien aus dem Landtag, Vertreter von der IHK, von der BBBank, vom Staatlichen Schulamt, vom BLV, der Bundesvorsitzende des VDR, Mitarbeiterinnen des Realschulreferats am Kultusministerium und auch Ministerin Dr. Susanne Eisenmann. Festredner war Josef Kraus, der ehemalige langjährige Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbands.

Die Lage an den Realschulen

Die Landesvorsitzende des RLV, Dr. Karin Broszat, die am Vortag bereits für weitere drei Jahre wiedergewählt worden war, stellte in ihrem Bericht die Lage an den Realschulen eindringlich dar: Die Einführung der Gemeinschaftsschule unter Grün-Rot war der Versuch, das mehrgliedrige baden-württembergische Schulsystem grundlegend zu verändern. Haupt- und Werkrealschulen wurden massiv bedrängt, sich in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln, um ihre Schulstandorte zu erhalten und überall »auf allen Niveaustufen zu unterrichten«. Gleichzeitig wurde auch auf die Realschulen der politische Druck erhöht, diesen Weg einzuschlagen. Mit der zeitgleichen Streichung der Verbind-



lichkeit der Grundschulempfehlung hatten die Eltern (oder oftmals die Kinder, die mit ihren Freunden zusammen bleiben wollten, egal wie leistungsfähig sie waren) die 'freie Schuwahl', was zu einer früher undenkbareren Heterogenität in den fünften Klassen führte. Zitat: »Die Realschule ist eine Schule mit Nahtoderfahrung«. Entgegen der Absicht der damaligen Landesregierung zeigte sich aber, dass in Baden-Württemberg die Realschule eine große Wertschätzung genießt: Eine gleichbleibend hohe Zahl von Anmeldungen war dafür der Beweis. Die Folgen der damaligen Politik belasten die Realschulen aber noch heute: Durch die extreme Heterogenität muss binnendifferenziert auf zwei Niveaus gearbeitet werden, also auf G-(grundständigem) und auf M-(mittlerem) Niveau, das heißt, dass die Lehrkräfte auch alle Klassenarbeiten in zwei Versionen erstellen, korrigieren und benoten müssen. Es gibt Kinder auf Förderschulniveau, für die auch G-Niveau bei weitem zu anspruchsvoll ist, und auch Kinder, die trotz Gymnasialempfehlung den vermeintlich leichteren Weg gehen sollen. Das Dilemma dieser Mischung fasst die Forderung des RLV eindringlich zu-

sammen: »Es muss Realschule drin sein, wenn Realschule drauf steht!«. Nötig wäre ein beherzter Eingriff, nicht ein Herumdoktern an Symptomen, also wieder eine verbindliche Grundschulempfehlung und ein klares Bekenntnis zum differenzierten Schulsystem! Die Realschule versteht sich als leistungsorientierte Schule, die Fachlichkeit und Praxis im Blick hat. Der Fachkräftemangel in Deutschland verlangt nach vielen guten Absolventen dieser Schule. Der 'Bundesverband Mittelständige Wirtschaft' (BVMW) hat zusammen mit Eltern- und Lehrerverbänden, allen voran dem VDR, die 'Bildungsallianz des Mittelstands' gegründet, die sich für eine qualitätsorientierte mittlere Bildung als Voraussetzung für gute Berufsausbildungen stark macht.

In diesem Sinne können wir vom PhV die Ziele des RLV nur bestätigen: Bildungsgerechtigkeit bedeutet nicht gleiche Wege für Ungleiche, sondern zeigt sich in passgenauen und unterschiedlichen Bildungswegen, die besonders in Baden-Württemberg auf vielfältige Weise auf die Bedürfnisse, Möglichkeiten und den Entwicklungsstand der Kinder und Jugendlichen zugeschnitten werden können.

Lehrerarbeitszeit ist in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Ländern zu hoch

Beim folgenden Grußwort von Kai Rosenberger (BBW), der sich den Ausführungen des RLV anschloss, lag der Fokus noch auf einem weiteren Punkt: Die Lehrerarbeitszeit ist in Baden-Württemberg im Vergleich zu anderen Ländern zu hoch. Ein drastischer Vergleich führt das vor Augen: 1923 hatte ein Beamter eine Wochenarbeitszeit von 50 Stunden, ein Gymnasiallehrer eine Unterrichtsverpflichtung von 25 Stunden. Heute arbeitet ein Verwaltungsbeamter 41 Stunden pro Woche – den Rest kennen wir! Der BBW setzt sich vehement dafür ein, die Deputate zu senken, denn Geld wäre in Zeiten von hohen Steueraufkommen da, es wird nur trotz aller Beteuerungen, Bildung sei die wichtigste Ressource, nicht dafür eingesetzt!

Eine kurze Zusammenfassung der Ausführungen von Josef Kraus

Als Festredner zeigte Josef Kraus in seiner bekannt markanten und direkten Art die Problemfelder auf.

Baden-Württemberg ist seit 2011 aus der bisher guten Südschiene weggebrochen. Das Abitur muss wieder zur Studierfähigkeit führen und nicht nur eine Studienberechtigung darstellen, bei der ein Drittel aller Studienanfänger dann zu Studienabbrechern wird. Seine Forderungen: Wissen statt schwammiger Kompetenzen, Leis-



>> Dr. Karin Broszat und Dr. Susanne Eisenmann

tungsorientierung und Notenehrlichkeit statt Gefälligkeitspädagogik, Wertschätzung von Übung und Anstrengung, sichere Grundlagen einer Allgemeinbildung durch gutes Deutsch in Sprache und Schrift, wesentliche zeitgeschichtliche und naturwissenschaftliche Kenntnisse, notwendige mathematische und fremdsprachliche Grundlagen, die in der Summe das solide Fundament für ein Studium bzw. eine Berufsausbildung legen. Daneben muss jedoch in der Gesellschaft die berufliche Bildung dieselbe Wertschätzung erfahren wie die akademische Bildung, denn die verschiedenen Begabungen und Interessen sind in gleicher Weise förderlich und notwendig für das Gemeinwohl. Der politische Gestaltungswille ist gefragt, um Qualität statt Quote zu erreichen.

In Kürze die Statements der Kultusministerin

Die Realschule ist eine beliebte und bewährte Schulart, die vom Kultusministerium konstruktiv begleitet und gestärkt wird. Handwerk, Industrie und Verwaltung brauchen die Schulabgänger! Es war eine Fehler, die Grundschulempfehlung abzuwerten,

die IQB-Ergebnisse zeigen, dass die Rahmenbedingungen für die Schulen und die Schüler (!) damit schwieriger wurden. Das Kultusministerium wird weiter an Verbesserungen arbeiten.

Eindringliche Fragen der Realschulkollegen an die Ministerin zeugten von den vielen Schwierigkeiten, insbesondere mit der Heterogenität in den Klassen umzugehen, und den großen Belastungen, denen die Kollegen tagtäglich begegnen. Die heimliche 'Vergemeinschaftsschulisierung' der Realschulen durch die Hintertür müsse dringend gestoppt werden, so der einheitliche Tenor.

Mein Fazit aus dieser Begegnung

Wir, d. h. der Philologenverband Baden-Württemberg und der Realschullehrerverband Baden-Württemberg, verfolgen dieselben Ziele, nämlich die Stärkung unserer Schularten, die dann ein breit gefächertes Angebot für unsere Kinder und Jugendlichen bereitstellen, um sie bestmöglich für ihr Berufsleben und ihre Zukunft vorzubereiten. Gemeinsam können wir bildungspolitisch aufgrund unserer gleichen Ziele mehr erreichen.

Karin Fetzner

>> Josef Kraus und Dr. Karin Broszat



Redaktionsteam sucht Verstärkung!

Das Redaktionsteam unserer Verbandszeitschrift *Gymnasium Baden-Württemberg* sucht eine verantwortungsvolle Redakteurin oder einen verantwortungsvollen Redakteur für den Bezirk Südbaden.

Bei Interesse melden Sie sich bitte beim Schriftleiter unter enver.gross@phv-bw.de.



>> Zahlreiche Teilnehmer besuchten die Veranstaltung

Personalräte-Grundschulung mit Rekordteilnehmerzahl

Lehrer stören die Brutpflege

Ein juristischer Blick auf das brodelnde Leben an der Schule

Genau 100 Mitglieder örtlicher Personalräte hatten sich zu dieser Schulung im November 2019 angemeldet und es gab keine einzige kurzfristige krankheitsbedingte Absage. Beides stellte im Bezirk Südwürttemberg einen neuen Rekord dar. Und die Teilnehmer wurden nicht enttäuscht: Dem Bezirksvorsitzenden Cord Santelmann war es auch in diesem Jahr wieder gelungen, ein hervorragendes Programm für die Schulung vieler neu gewählter und auch einiger wiedergewählter Personalräte auf die Beine zu stellen. Den Höhepunkt bildete der Vortrag von Johannes Lambert, Ministerialrat a.D. und ehemaliger Jurist am Kultusministerium. Man wird wohl kaum einen Juristen finden, der lebendiger und gleichzeitig derart kompetent über rechtliche Fragen des Schulalltags berichten kann.

Lambert leitete seinen Vortrag mit einem Ausflug in die Biologie ein: Menschen seien Lebewesen, die Brutpflege betrieben, und die Schule nehme ihnen das weg, was ihnen am liebsten sei. So sei leicht zu erklären, dass auch ansonsten angenehme Zeitgenossen plötzlich sehr ungemütlich werden könnten, wenn man sie bei dieser Brutpflege störe und sie den

Verdacht hätten, dass ihrem größten Schatz Ungerechtigkeiten zugefügt würden. Auf dieses brodelnde Leben stürzte auf dem Flipchart bildlich umgesetzt die Juristerei als Tatbestand herab. Auch trockenere Themen wie 'Unbestimmte Rechtsbegriffe' oder 'Rechtsfolge' wurden aus seinem Mund lebendig und ein Feuerwerk praktischer, oft anekdotenhafter Beispiele machte den Vortrag nicht nur zu einem großartigen Erlebnis, sondern auch zu einem großen Gewinn für die tägliche Personalratsarbeit an den Schulen.

Auf eine Frage aus dem Publikum zum Schulstreik 'Fridays for Future' bemerkte Lambert, dass die gesell-

schaftliche Akzeptanz der Schulpflicht eine sehr wichtige Sache sei. Das Wort 'Streik' werde hier aus juristischer Sicht völlig falsch gebraucht: Bei einem Streik im Sinne des Tarifrechts verweigere man das Erbringen einer Leistung und ein Streik dürfe zudem niemals für politische Zwecke sein, sondern sei ein Druckmittel bei tariflichen Auseinandersetzungen. Bei dem sogenannten Schulstreik werde aber die Annahme einer Leistung (nämlich des Unterrichts) verweigert und die Teilnehmer betätigten sich politisch. Wenn man dies zulasse, müsse man konsequenterweise Schüler auch beurlauben, um für andere politischen Ziele zu demonstrieren. Das widerspreche der Schulpflicht, einer Errungenschaft unserer Gesellschaft, die durch Steuern finanziert wird. Einen ausführlichen Artikel zum Thema hat Lambert in der Zeitschrift 'SchulVerwaltung' vor Kurzem veröffentlicht.

Zu Beginn der zweitägigen Fortbildung in den Räumen des Bildungshauses im Kloster Untermarchtal führte Cord Santelmann in bewährter Weise in die Grundlagen des Personalvertretungsrechtes

ein. Auch dieser Part war geprägt von sehr vielen Beispielen und bezog die spontan eingebrachten Fallbeispiele und Fragen der Zuhörer in die Präsentation mit ein. Die große Erfahrung und die umfassende Kompetenz des Referenten ließen auch diesen Vortrag alles andere als trocken werden. Unzählige Notizen landeten auf den Mitschriften und werden die Personalratsarbeit an den jeweiligen Schulen in den nächsten Monaten prägen.

Im Vorfeld der Tagung eingereichte Fragen beantworteten die Bezirkspersonalräte Dieter Grupp und Andreas Müller. Naturgemäß setzte dieser Programmpunkt direkt bei den aktuellen Problemen vor Ort an und es entspann sich eine breite Diskussion mit



>> Cord Santelmann leitete durch die Veranstaltung

>> Johannes Lambert, Ministerialrat a.D. referiert





vielen spezifischen Nachfragen, so dass die nachfolgenden Programmpunkte gekürzt werden mussten. Jörg Sobora berichtete über die Arbeit des Hauptpersonalrats

>> Jörg Sobora, Vorsitzender des HPR Gymnasien

und konnte einige hochinteressante Neuigkeiten aus Stuttgart referieren. Wegen der krankheitsbedingten Absage von Ursula Kampf, Arbeitnehmervertreterin im HPR, und angesichts der fortgeschrittenen Zeit informierte Ursula Dingler, Bezirkspersonalrätin für die Arbeitnehmer, die Schulungsteilnehmer im Schnelldurchgang über die besonderen Belange der angestellten Lehrkräfte. Den Schlusspunkt der Tagung übernahm Christine Vöhringer, Bezirksvertrauensperson der schwerbehinderten Lehrkräfte, die mit ihrer großen Kompetenz auch in Sachen längerfristig erkrankter Lehrkräfte ein gern gesehener, ständiger Gast im Bezirkspersonalrat ist. In ihrem Abschlussvortrag erlangten die örtlichen Personalräte Sicherheit bezüglich ihrer Rolle im Umgang mit schwerbehinderten und erkrankten Lehrkräften und erfuhren, wie man diese beraten kann.

Mindestens ebenso wertvoll wie die unzähligen, kompakt vorgetragenen Informationen war für die Personalräte der wechselseitige Austausch bei den Mahlzeiten und beim geselligen Ausklang in der Kellerbar. Kontakte wurden geknüpft, Erfahrungen in der Arbeit an den Schulen besprochen und Treffen in regionalen Arbeitskreisen vereinbart. Eine ganze Reihe spontaner Beitritte zum Philologenverband Baden-Württemberg, zahlreiche positive Rückmeldungen und Ankündigungen einer erneuten Teilnahme bei der nächsten Schulung belegen den großartigen Erfolg dieser Veranstaltung, der zum größten Teil dem Bezirksvorsitzenden Cord Santelmann zu verdanken ist. Zum Vormerken: Die nächste Schulung wird am 12./13. November 2020 stattfinden.

Andreas Müller



>> Am 11. Oktober 2019 traf sich der EV Nordbaden zu einer Klausurtagung, um vor allem die Auswirkungen der zahlreichen Änderungen, die es in den letzten Jahren im Bildungsbereich gegeben hat, zu analysieren. Als Gäste waren unter anderem Dr. Karin Broszat, die Vorsitzende des Realschullehrerverbandes und unser PhV-Landesvorsitzender Ralf Scholl eingeladen. Über das Ergebnis informieren wir Sie in unserer nächsten Ausgabe.

Viele neue Personalräte an den Schulen

Die Personalratswahlen, die im Mai 2019 stattgefunden hatten, führten in diesem Jahr zu einem besonderen Interesse an der Personalräteschulung, die vom PhV Nordbaden am 14. und 15. November 2019 wie üblich im Haus der Kirche in Bad Herrenalb durchgeführt wurde. Dies äußerte sich nicht nur in einer hohen Gesamtteilnehmerzahl, sondern auch darin, dass die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer neu in diesem Amt waren.

Demzufolge wurde das Plenum für die zentrale Schulungseinheit am Donnerstagvormittag in zwei Gruppen aufgeteilt. Die größere Gruppe der neu gewählten Kolleginnen und Kollegen erhielt von einem PhV-Team eine grundlegende Einführung in das LPVG, die Rechte der ÖPRE und die daraus resultierenden Aufgaben, während die 'Erfahrenen' Antworten zu Fragen aus ihrer bisherigen Tätigkeit erhielten.

Im Bericht aus dem BPR ging der Vorsitzende Björn Sieper unter anderem auf das Problem der Abordnungen ein. Hierbei müsse der Personalrat (BPR) beteiligt werden. Weiteres Thema war das LFB-Online-Modul für die Meldung zu den Fortbildungen, bei dem es an allen Schulen zu Schwierigkeiten kam. Wichtig für den ÖPR sei dabei, dass für die Zulassung der Lehrkraft die Zustimmung des ÖPRE notwendig sei. Deshalb müssten die ÖPRE regelmäßig in das LFB-Online-Modul

schauen und entsprechend tätig werden.

Als weitere wichtige Information wurden die Schulungsteilnehmer darauf hingewiesen, dass die Lehrkräfte Unterstunden bei der Deputatzuweisung nicht akzeptieren müssen.

Aus dem HPR gab dessen Vorsitzender Jörg Sobora einen Überblick über die Aufgaben des HPR und die Einstellungssituation 2019. Weitere Themen waren die Beförderung nach A14 bzw. E14, Reisekosten für außerunterrichtliche Veranstaltungen, die Distribution der Abituraufgaben und das laufende Beschlussverfahren, mit dem der HPR eine Mitwirkung bei der Festlegung der Abiturkorrekturtermine erreichen möchte.

Aufgrund jüngster Gerichtsurteile sei ein Verzicht auf Reisekosten unzulässig und insofern auch unwirksam, wenn er dennoch getätigt worden sei. Das Land habe aufgrund



>> BPR-Gremium mit LRSD'in Dagmar Ruder-Aichelin

dieser Urteile den Etat für die Reisekosten verdoppelt. Jörg Sobora empfiehlt, auf jeden Fall in der Reiskostenabrechnung alle tatsächlich entstandenen Kosten aufzuführen, auch wenn bei den Übernachtungskosten bislang nur die bei weitem nicht auskömmliche Pauschale erstattet würde. In diesem Fall sollten die Kolleginnen und Kollegen Widerspruch einlegen, da laufende rechtliche Verfahren Anlass zur Hoffnung gäben, dass auch diese Pauschalen gerichtlich für unzulässig erklärt würden.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt stellte RD Dr. Martin Steffens, Leiter des Referats 72 im RP Karlsruhe, den Schulungsteilnehmern sein Referat vor, zu dessen Tätigkeitsfeldern unter anderem der Vollzug von Abordnungen und Versetzungen, die Dienst-



>> RD Dr. Martin Steffens

aufsicht und die Personalverwaltung gehören. Da in sein Tätigkeitsfeld auch die Anforderung von amtsärztlichen Gutachten fällt, erläuterte Dr. Steffens den Personalräten ausführlich, wann solche angefordert werden und welche Konsequenzen sich daraus ergeben können. Darüber hinausgehend stellte er in diesem Zusammenhang generell die Abläufe bei längerfristigen Erkrankungen dar. Da das Referat 72 im Rahmen der Dienstaufsicht auch mit Dienstaufsichtsbeschwerden befasst ist, schilderte er auch hierfür Fallbeispiele.



>> Ursula Meissner-Müller (Hauptvertrauensperson)

In einem besonderen Programmpunkt hatte sich OstD'in a.D. Anne-



>> Björn Sieper (BPR-Vorsitzender RP Karlsruhe) und OstD'in a.D. Annelie Richter

lie Richter, die bis zum vergangenen Schuljahr Schulleiterin am Edith-Stein-Gymnasium Bretten und Vorsitzende der Direktorenvereinigung Nordbaden war, bereit erklärt, die Zusammenarbeit zwischen Schulleitung und ÖPR aus der Sicht der Schulleitungen zu schildern. Sie plädierte dabei für ein gegenseitig wertschätzendes Verhalten, sachliche Kommunikation sowie Kooperation statt Konfrontation. Die Schulleitung müsse die Fürsorge für das Kollegium im Auge haben.

Ursula Meissner-Müller, Hauptvertrauensperson für die schwerbehinderten Lehrkräfte an den Gymnasien, erläuterte wichtige Themen für diese Personengruppe. Im Hinblick auf die vielen neu gewählten Personalräte gab sie zunächst einen Überblick über die Struktur der Schwerbehindertenvertretung, die analog zu den Personalräten ebenfalls in drei Stufen gegliedert sei. Allerdings sei nicht an jeder Schule eine eigene Örtliche Vertrauensperson angesiedelt. In diesen Fällen sei eine Örtliche Vertrauensperson für mehrere benachbarte Schulen zuständig. Beschäftigte mit einer Behinderung von weniger als fünfzig Prozent könnten einen Antrag auf Gleichstellung stellen. Werde diesem stattgegeben, hätten auch diese Lehrkräfte Anspruch auf Nachteilsausgleiche entsprechend ihrer konkreten Behinderung. Aller-

dings hätte diese Personengruppe keinen Anspruch auf eine Deputatsermäßigung.

Als Leiterin des Gymnasialreferats im RP Karlsruhe gab im abschließenden Themenblock LRSD'in Dagmar Ruder-Aichelin zunächst einen Überblick über die Einstellungssituation und die Lehrerversorgung. Die Bewerberzahlen seien in den meisten Fächern um ein Vielfaches höher als die zur Verfügung stehenden Stellen. So konnten leider viele Bewerberinnen und Bewerber auch mit guten und sehr guten Leistungsziffern nicht eingestellt werden, andererseits konnten bis auf Mangelfächer und in als wenig attraktiv empfundenen Schulstandorten alle Stellen an den Gymnasien besetzt werden. Dagmar Ruder-Aichelin gab ferner einen Überblick über die Zahl der aktuell ausgeschriebenen Funktionsstellen, denen im Februar noch einige weitere folgen würden.

Weiteres Thema ihres Vortrags war die Umsetzung des Qualitätskonzeptes, das am 1. März gestartet ist. Dies beinhalte die Gründung der Institute 'Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung (ZSL)', welchem im Bereich des RP Karlsruhe je eine Regionalstelle in Karlsruhe und in Mannheim unterstellt ist, und dem Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW). Die neue Struktur habe vor allem für die Fachberater Auswirkungen, die nun überwiegend den Regionalstellen des ZSL unterstellt und für Fortbildungen zuständig sind. Die wenigen weiterhin dem Regierungspräsidium unterstellten Fachberater sind nun ausschließlich für die fachliche Schulaufsicht zuständig. Ebenfalls seien nun die Seminare dem ZSL bzw. seinen Regionalstellen unterstellt.

Als Fazit der beiden Schulungstage gingen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit vielfältigen Informationen nach Hause und fühlten sich für ihre vielfach neuen Aufgaben auch deshalb gut gerüstet, weil das Programm viel Raum für individuelle Fragen ließ, die von den anwesenden PhV Bezirks- und Hauptpersonalräten ausführlich und kompetent beantwortet wurden.

Helmut Hauser

Schulvertreterversammlung in Schwäbisch Gmünd am 21. und 22. November 2019

Nord-Württembergs Schulvertreter treffen sich zur Jahresversammlung

>> Das Plenum der Schulvertreterversammlung

Wie jedes Jahr trafen sich am Vormittag der Schulvertreterversammlung in Schwäbisch Gmünd verschiedene Gruppen, um sich auszutauschen und neue Impulse für den Verband zu setzen. Neben dem Treffen des Arbeitskreises Arbeitnehmer, das Ursula Kampf nun schon traditionell immer vor der Schulvertreterversammlung veranstaltet, fand in diesem Jahr auch ein neuer Workshop statt, in dem es unter der Leitung von Claudia Grimm und Christian Unger um die Zukunft des Gymnasiums ging.

Bereits am Vorabend der Schulvertreterversammlung trafen sich die Jungphilologen. Auch dieses Treffen, zu dem die Vorsitzende der Jungphilologen Laura Schönfelder eingeladen hatte, hat mittlerweile eine lange Tradition. Hier bietet sich immer die Möglichkeit zum Austausch und zur konkreten inhaltlichen Mitarbeit, angefangen bei der Planung der Seminarvorstellungen bis hin zum Sammeln von Ideen für einen Podcast der Jungphilologen.

Am Nachmittag begann dann die Schulvertreterversammlung des Be-

zirks Nord-Württemberg in Schwäbisch Gmünd mit einem Grußwort des Ersten Bürgermeisters Dr. Joachim Bläse, in dem die enge Verbundenheit der Stadt zum Philologenverband Baden-Württemberg deutlich wurde.

Ähnlich wie im letzten Jahr musste der Vorstand Verluste verkraften. So war das Podium krankheitsbedingt bereits geschwächt. Dann trat auch noch Andrea Wessel aus gesundheitlichen Gründen von ihrem Posten als stellvertretende Bezirksvorsitzende zurück. Nach langwieriger Erkrankung und einem mühsamen Weg der Rekonvaleszenz stand für sie fest, dass sie nun mehr auf sich und ihre Familie achten muss. Mit Andrea Wessel verliert der Bezirk eine kompetente und aufopferungsvolle Person, die dem Philologenverband aber eng verbunden bleiben wird. Auch auf diesem Weg möchten wir uns herzlich für ihre wertvolle Arbeit bedanken und ihr alles Gute für ihre weitere Genesung wünschen.

Bei den notwendigen Nachwahlen wurde Ursula Kampf als stellvertretende Vorsitzende gewählt. Der dadurch freigewordene Posten als Beisitzerin wird nun von Beatrix Verse bekleidet, die sich auch bisher bereits für die Belange der Arbeitnehmer eingesetzt hat. Als HV/VV-Delegierter des Bezirks wurde zudem Ralf Rohrschneider einstimmig gewählt.

Allen Neugewählten wünschen wir viel Erfolg und Freude in ihrem neuen Amt!

Im Anschluss daran folgten die Informationen aus den Stufenvertretungen.

Jörg Sobora berichtete aus dem Hauptpersonalrat unter anderem über die neue Rahmendienstvereinbarung zu Fortbildungen. Hier machte er deutlich, dass sich der HPR dafür einsetzen werde, dass die Arbeitszeit nicht weiter entgrenzt wird.

An seine Ausführungen schloss sich eine Diskussion über die Bezahlung von Reisekosten bei AUV/Austauschen und über die verkürzten Abiturkorrekturzeiten an. Hier wurde ganz deutlich, welche Themen den Kollegien auf den Nägeln brennen und vordringlich vom Philologenverband angegangen werden müssen.

Edelgard Jauch informierte aus dem Bezirkspersonalrat über die Unterrichtsversorgung, Versetzungswünsche und die Situation der KV-Kräfte.

Danach folgten die Berichte von Ursula Kampf (Arbeitnehmer), Laura Schönfelder (JuPhi), sowie Gerhard Isringhausen und Gerhard Scheu (Senioren). Hier wurde deutlich, wie wichtig der Zusammenhalt aller Mitglieder ist, um unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen.

Den Abschluss des Tages bildeten die Verabschiedungen verdienter Mitglieder und das gemeinsame Abendessen.

Den Höhepunkt des zweiten Tages stellte dann der Gastvortrag von Prof. Dr. Bernhard Pörksen 'Die neue Macht der Desinformation. Über Fakten und Fakes – und die konkrete Utopie einer redaktionellen Gesellschaft' dar. Lesen Sie dazu den gesonderten Bericht von Christian Unger auf Seite 22.

Laura Schönfelder, Schriftführerin NW

>> Verabschiedung von Andrea Wessel (v.l.n.r.) Andrea Wessel, Christian Unger und Laura Schönfelder



Fake News auf der Spur

Prof. Dr. Bernhard Pörksen spricht auf der Schulvertreterversammlung Nordwürttemberg

Der Tübinger Medienwissenschaftler Prof. Dr. Bernhard Pörksen sprach am Freitag, dem 22. November 2019 im Rahmen der Schulvertreterversammlung Nordwürttemberg etwa eine Stunde lang zum Thema 'Die neue Macht der Desinformation. Über Fakten und Fakes – und die konkrete Utopie einer redaktionellen Gesellschaft.'

Prof. Pörksen, dessen Vortrag auf seinem neuen Buch 'Die große Geiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung' basierte, begeisterte alleine dadurch, dass er aus der Sicht vermeintlich moderner Schulpädagogen geradezu anachronistisch auftrat: ohne Skript oder Powerpoint-Präsentation. Den Zuhörern wurde ein hervorragend strukturierter freier Vortrag auf sprachlich und inhaltlich höchstem intellektuellen Niveau geboten.

Pörksen begann amüsant mit Rush Limbaugh, dem US-amerikanischen Radiomoderator, Verschwörungstheoretiker und Trump-Fan, der 2017 anfangs das Herannahen des Hurricanes Irma verharmloste, um dann doch selbst davor fliehen zu müssen. Realität sei eben das, »was nicht weggeht, auch wenn man nicht daran glaubt«, zitierte er den SF-Autor Philip K. Dick in diesem Zusammenhang.

Nun widersprach Pörksen interessanterweise vehement der vorherrschenden Meinung, wir lebten in einem post-faktischen Zeitalter. Die Geschichte zeige uns deutlich, dass es schon früher nie ein faktisches Zeitalter gegeben habe. Trotzdem werde der Begriff als 'Vokabular der Resignation' gebraucht, um die Krise der modernen Medien-Gesellschaft zu beschreiben. Er lieferte eine tiefgehende Analyse anhand von fünf 'Trenddiagnosen'.

- **'Neue Geschwindigkeit'**: Die neuen (digitalen) Medien setzten die alten (Print-)Medien unter Zugzwang. Bei Nachrichten komme es zum Grundkonflikt zwischen Geschwindigkeit und Genauigkeit. Es gelte,



>> Prof. Dr. Bernhard Pörksen

was der österreichische Schriftsteller Glaser sagte: »Information ist schnell, Wahrheit braucht Zeit«.

- **'Neue Ungewissheit'**: Im Internet brächten mehr Informationen nicht bessere Erkenntnisse, sondern das genaue Gegenteil: bessere Desinformation. Es sei schwer heute, vor lauter 'Informations-Konfetti' noch Wahrheit und Gewissheit herzustellen.
- **'Neue Anreize'** wie Hypes, Spektakel, Übertreibung und Zuspitzung: Heute lässt sich laut Pörksen Aufmerksamkeit kapitalisieren. Eine Emotions- oder Erregungsindustrie sei im Netz entstanden. Gesellschaftliche Relevanz und das Diktat der Interessantheit seien in einen gesellschaftlich noch nicht verstandenen Kampf eingetreten.
- **'Neue Manipulationsmöglichkeiten'**: Pörksen spricht in diesem Zusammenhang von einer demokratisierten digitalen Manipulationspraxis, denn jeder Einzelne könne z.B. mittels Fotoshop effektiv Fake-Inhalte herstellen. Dabei spricht er auch kritisch das Thema Deepfakes an.
- Eine **'neue Sichtbarkeit'** in unserer digitalen Welt gebe es durch das 'indiskrete Smartphone', denn alles könne sofort für beliebig viele Internetautzer zugänglich gemacht werden. Eine Verschmelzung der Ebenen finde statt: öffentlich vs. privat, Arbeit vs. Freizeit. Daraus leitete Pörksen ab, dass die digitale Medienrevolution eigentlich eine

Wahrnehmungsrevolution bedingt habe, denn kleiner Ärger im Privaten (zum Beispiel ein peinliches Foto) könne großen Ärger in der Öffentlichkeit auslösen (der sogenannte Shitstorm, sollte das Bild öffentlich gemacht werden).

Den fünf eher pessimistisch klingenden Trenddiagnosen ließ Pörksen nun seine eigene optimistischere Einschätzung folgen: Er verortet sich selbst zwischen den Extremen Medien-Euphoriker und Medien-Apokalyptiker und sucht nach Wegen, um gegen Hass, Hetze und Desinformation im Netz vorzugehen. Die Öffentlichkeit, »der Lebensraum der liberalen Demokratie«, sei schützenswert. Deswegen fordert er die Bildung einer »redaktionellen Gesellschaft«, in deren Kern er guten Journalismus verortet. Heute könne jeder selbst digital Publizist werden, deshalb müssten für jeden eben die Prinzipien des guten Journalismus gelten: **1. Prüfe erst, publiziere später | 2. Prüfe deine Quellen | 3. Höre auch immer die andere Seite | 4. Mache ein Ereignis nicht größer als es ist.**

Pörksen machte drei Vorschläge, wie seine Forderung umzusetzen sei. **Erstens** sei Medienbildung als eigenes Schulfach wichtig, bei dem es um mehr gehe als um Tablets, Smart Boards und funktionierendes W-Lan. **Zweitens** müsse sich guter Journalismus verändern, um den Herausforderungen der Medienrevolution (durch ein 'medienmächtig' gewordenes Publikum) entgegenzutreten. **Drittens** müssten Medienplattformen durch die Schaffung einer neuen Institution, eines 'Plattform-Rates' als Wächter in der digitalen Welt, reguliert werden.

Die Anwesenden waren sich am Ende allesamt einig (und die vielen Diskussionsbeiträge und auch kritischen Rückfragen am Ende bewiesen dies): Pörkens Vortrag war der krönende Abschluss einer gelungenen Nordwürttemberger Schulvertreterversammlung.

Christian Unger

Bildungspolitischer Arbeitskreis traf sich im Mai und November 2019

'Lehrerbildung/Referendariat'

In einem informativen Impulsvortrag stellte Thomas Schwan am 15. Mai 2019 die wesentlichen Veränderungen in Studium und Referendariat (Vorbereitungsdienst VD 18) dar.

In der sich anschließenden Diskussion ergaben sich folgende Problemfelder des

Referendariats:

1. Durch die Verkürzung des Referendariats auf achtzehn Monate ergibt sich eine hohe zeitliche Beanspruchung der Referendarinnen und Referendare.
2. Nachdem es keinen Schulwechsel wie beim zweijährigen Referendariat mehr gibt, ist die Abhängigkeit von lediglich einer Schulleitung sehr groß.
3. Schlechte Einstellungschancen und mangelnde berufliche Perspektive am Gymnasium vor allem in den geisteswissenschaftlichen Fächern führen zu Selbstausbeutung und Überarbeitung in stressbedingten Zeiten.

Folgende Lösungsmöglichkeiten wurden diskutiert:

1. Das Deputat für alle gymnasialen Lehrkräfte muss abgesenkt werden. Dies dient einer echten Qualitätsverbesserung des Unterrichts. Ein Einstellungskorridor für die leistungsbesten Referendarinnen und Referendare muss auch über den Bedarf hinaus erfolgen.



>> (hintere Reihe): Jörg Sobora, Wolfgang Buhmann, Bernd Saur, Ralf Scholl, Thomas Schwan, (vordere Reihe): Andrea Pilz, Stefanie Wölz und Anke Lohrberg (v.l.n.r.)

2. Durch die Wiedereinführung des zweijährigen Referendariats mit Schulwechsel wäre es möglich, nach einem Jahr der Erprobung neu an einer anderen Schule dazustarten zu können. Außerdem würden sich die Prüfungen zeitlich entzerren.
3. Ein Einstellungskorridor für die Jahrgangsbesten in allen Fächern ist unerlässlich, um einerseits den sog. 'Schweinezyklus' zu durchbrechen und andererseits allen Referendarinnen und Referendaren zumindest eine Zukunftsperspektive im studierten Lehramt zu geben.

In der BAK-Sitzung am 9. November 2019 lag der Fokus auf der universitären Ausbildung und den Vorausset-

zungen für ein erfolgreiches Studium und spätere Berufstätigkeit.

Fazit:

1. Eine Stärkung der Fachlichkeit in der universitären Ausbildung ist essentiell wichtig.
2. Fachdidaktik sollte bereits im Orientierungspraktikum vermittelt werden und eigene unterrichtspraktische Erfahrungen in den Studienfächern erfolgen.

Wir danken Thomas Schwan für den informativen und kurzweiligen Vortrag am 15. Mai, Jörg Sobora für den ausführlichen Mitschrieb, sowie allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die engagierte Diskussion.

Andrea Pilz und **Stefanie Wölz**
Bildungspolitische Referentinnen

Termine Regionalversammlungen

Es stehen auf den Regionalversammlungen die Wahlen der Regionalvertreter an. Anbei der Redaktion mitgeteilte Termine:

- **Region Bad Herrenalb** im Rahmen der Schulvertreterversammlung Nordbaden
- **Doppel-Region Stuttgart** 3. Februar 2020 | ab 18:30 Uhr | PhV-Landesgeschäftsstelle | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
- **Region Schwäbisch Hall** 19. Februar 2020 | von 15:15 bis 16:50 Uhr | Gymnasium Gerabronn | Jahnstraße 5-7 [Raum 34] | 74582 Gerabronn
- **Region Heilbronn** 19. Februar 2020 | ab 19:00 Uhr | Lehner's | Bahnhofstraße 1 | 74072 Heilbronn
- **Region Ulm** 2. März 2020 | Herrenkeller | Herrenkellergasse 4 | 89073 Ulm [leider wurde die Uhrzeit nicht mitgeteilt]
- **Region Obere Donau** 9. März 2020 | von 16:00 bis 18:00 Uhr | Hotel Schwarzer Adler | Hauptstraße 41 | 88348 Bad Saulgau
- **Region Neckar-Alb** 12. März 2020 | von 17:00 bis 19:30 Uhr | Jahnhaus | Ahlholweg 32 | 72793 Pfullingen
- **Region Allgäu-Oberschwaben** 16. März 2020 | von 15:30 bis 17:30 Uhr | Best Western | Abt-Hyller-Straße 37 - 39 | 88250 Weingarten
- **Region Bruchsal/Region Karlsruhe/Region Pforzheim** 19. März 2020 | um 16:30 Uhr | Haus der Kirche | Dobler Straße 51 | 76332 Bad Herrenalb

Vom schwierigen Umgang mit Antisemitismus – auch an Gymnasien

»Wir alle sind aufgefordert, ... wachsam gegenüber antisemitischen Tendenzen zu sein. Hier spielen die Schulen ... eine wichtige Rolle ... Um entschieden dagegen vorgehen zu können«, müssen – so Ministerin Dr. Susanne Eisenmann – solche Vorfälle »konsequent aufgearbeitet werden«. Damit meint sie rechtsextreme, antisemitische sowie gewaltverherrlichende Äußerungen und das Anbringen von Hakenkreuzen, die nach § 86 StGB – auch auf Schülertischen – verfassungswidrig sind.

Solchen generellen Aufrufen stimmen viele zu. Wird das Thema an der eigenen Schule konkret, heißt es »Wie viele Juden gibt es an unserer Schule?« oder »Bei uns gibt es keinen Antisemitismus«. Diese Wahrnehmung geht von der Annahme aus, er bezöge sich auf das Judentum nur als Religion und wäre an die Präsenz von Jüdinnen und Juden gebunden. Er braucht diese nicht – wie die Beschimpfung von nichtjüdischen Kindern mit den Worten »Du Jude« zeigt. Denn er basiert auf Projektionen und »Gerüchten über die Juden« (Adorno). Antisemitismus besteht in einer abstrakten, komplexitätsreduzierenden Zuschreibung von »Gut« und »Böse«, von »Täter« und »Opfer« mit einer vermeintlich umfassenden Weltklärung. Eine Handlung muss sich »nicht einmal direkt auf Juden beziehen, um antisemitisch zu sein«, stellt die »Handreichung zum Umgang mit Antisemitismus an Schulen« fest (herausgegeben vom Kultusministerium, Landeszentrale für politische Bildung, Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung). Denn dieser ist ein Problem der Mehrheitsgesellschaft. Jenseits eigener Überlegungen und Wahrnehmungen muss immer von der Gegenwart jüdischer Schülerinnen und Schüler wie Kolleginnen und Kollegen ausgegangen werden.

Antisemitismus ist an deutschen Schulen »schon fast Normalität geworden« resümiert Julia Bernstein, Professorin an der Frankfurter University of Applied Sciences, ihre Interviews, die sie im Rahmen der Untersuchung »Jüdische Perspektiven auf Antisemi-

tismus in Deutschland« führte: »Ohne dass wir danach gefragt haben, sagten die meisten, dass der wichtigste Ort des Antisemitismus die Schule ist«. In zu vielen Schulbüchern finden sich antisemitische Darstellungen ohne didaktische Aufbereitung und Jüdinnen und Juden wird die (Mit-)Schuld an ihrer Verfolgung gegeben. Auf volksverhetzende und antisemitische Inhalte in Whatsapp-Gruppen von gymnasialen Schulklassen machte das »heute journal« des ZDF am 19. Dezember 2019 aufmerksam. Die Mehrheit der seit der Einführung der »Meldepflicht für antisemitische und andere religiös oder ethnisch motivierte Diskriminierungsvorfälle an Schulen in Baden-Württemberg« vom 11. April 2018 bis zum 5. Juli 2019 gemeldeten Fälle trug sich an Gymnasien zu.

In diesem Klima verbergen nicht wenige jüdische Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer ihre Identität. »Die anderen, die sich als Juden zu erkennen geben, sagen, dass sie sich emotional überfordert fühlen« (Bernstein). Wen wundert es, wenn jüdische Eltern bei der Schulanmeldung ihre Identität nicht preisgeben, wenn in den letzten Jahren Schulen in jüdischer Trägerschaft vermehrt unterjährig Jüdinnen und Juden aufnehmen mussten, mehr Anmeldungen verzeichneten und weitere gebaut werden? Mit der Behauptung, es gäbe keine Juden, die Bekämpfung des Antisemitismus an der eigenen Schule für obsolet zu erklären, bedeutet, Antisemitismus und damit zusammenhängende Probleme für Jüdinnen und Juden in der Vielfalt ihrer Identitäten zu ignorieren.

Wer Antisemitismus verharmlost, unter den Teppich kehrt, kaschiert, wer wegschaut oder »keine klare Trennlinie zieht zu Antisemiten ..., der macht sich mit ihrer Sache gemein« (Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei der Einsetzung des Antisemitismusbeauftragten der Landesregierung, Michael Blume) und zwingt diejenigen, die Antisemitismus thematisieren, sich zu rechtfertigen. Damit erweist man Antisemiten (unbewusst) einen großen Dienst.

Wie »entschieden« und »konsequent« Antisemitismus bekämpft wird, ist »am besten daran zu erkennen, ob sie oder er auch das je eigene Milieu ... kritisch in den Blick nimmt« (Blume). Für Lehrkräfte bedeutet dies, nicht nur Schülerinnen und Schüler als dessen alleinige TrägerInnen »wahrzunehmen, sondern die eigene Position in diesem Kontext zu reflektieren« (Handreichung), für Schulbuchverlage, Schulbuchautorinnen, Schulbuchautoren, -gutachterinnen und -gutachter, nur Lehrwerke ohne antisemitische Einlassungen zu verfassen bzw. zu genehmigen und für die Schulaufsicht, den Gebrauch von Lehrwerken mit ihnen zu untersagen. Denn sonst verbreiten sie Antisemitismus mit staatlicher Legitimation. Für die Kultusverwaltung heißt es, auch antisemitische Fälle, die nicht unter § 90 Schulgesetz fallen, meldepflichtig zu machen. Dies gilt vor allem seit dem Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019, nachdem Kretschmann dazu aufrief, sich »mit aller Entschlossenheit neuem Judenhass entgegenzustellen«. Dessen nichtjüdische Opfer zeigen: Antisemitismus gefährdet unsere Demokratie und ist zwingend ein Problem für alle, denen deren Erhalt etwas bedeutet. Wer Unterstützung sucht, kann sich an die Liberale Jüdische Gemeinde Chawurah Gescher wenden (Kontakt unter vorstand@gescher-freiburg.de).

Norbert Schmeiser

Bund-Länder-Initiative

'Leistung macht Schule' (LemaS)

Teil 1

LEISTUNG →
MACHT →
SCHULE →

Es hat einige Zeit gedauert, bis aus dem etwas sperrigen Titel 'Gemeinsame Initiative von Bund und Ländern zur Förderung leistungsstarker und potentiell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler' **LemaS** wurde. Dass diese Initiative entstand, ist der Forderung nach mehr Bildungsgerechtigkeit zu verdanken. Schülerinnen und Schüler können ihre Potenziale umso besser ausschöpfen, je individueller schulische Förderung auf sie zugeschnitten ist. Und das ist das Ziel: Es sollen noch viel mehr Schülerinnen und Schüler die Chance erhalten, ihre Stärken und Talente zu entwickeln – und zwar unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrem sozialen Status. Es geht dabei aber nicht nur um Gerechtigkeit, sondern um eine wichtige Investition in die Zukunft Deutschlands. Ziel ist also, systematisch Leistungsstärkere zu entdecken und zu fördern.

Wir sind eines der Gymnasien in Baden Württemberg, das einen Hochbegabtenzug hat und seit langem einen Fokus auf leistungsstarke Schülerinnen und Schüler legt. Wir fördern alle unsere Schülerinnen und Schüler aber so gut wie möglich, auch wenn sie nicht hochbegabt sind. Für uns war eigentlich von vornherein klar, dass wir an dieser Initiative teilnehmen wollten. Was ist unser Ziel: Wir hoffen auf eine wissenschaftliche Evaluation unserer Modelle zur Begabungsförderung und einen Austausch mit anderen Gymnasien.

Das Scheffel-Gymnasium in Lahr wurde in die Initiative aufgenommen und sogar als Koordinatorenschule eines Clusters bestimmt. Das heißt, wir sind eine von sieben Expertenschulen



Ein Erfahrungsbericht
 von **OSD** in Sabine Rührtz,
 Schulleiterin am Scheffel-Gymnasium
 Lahr

in Baden-Württemberg, die ein Cluster koordinieren. Diese Cluster wurden nur in Baden-Württemberg gebildet, sie sind regional orientiert, das bedeutet, dass sich in unserem Cluster Schulen aus der näheren Umgebung befinden, nämlich die Vigelius-Grundschule Freiburg, die Nikolaus-Christian-Sander-Werkrealschule in Teningen, die Fritz-Böhle-Grund- und Werkrealschule Emmendingen und das Berthold-Gymnasium Freiburg. Alle diese Schulen sollen nun im Cluster unter einen Hut gebracht werden und möglichst an gleichen Schwerpunkten eng zusammenarbeiten.

Worum geht es nun in dieser Initiative und was soll gefördert werden? Es geht um die »**Begleitung und Weiterentwicklung von Schulen zur Förderung leistungsstarker und potenziell besonders leistungsfähiger Schülerinnen und Schüler über eine leistungsfördernde Schul- und Netzwerkentwicklung sowie die Erarbeitung diagnosebasierter individualisierter Förderformate**«. Für die Förderung der entsprechenden Schülerinnen und Schüler wurden drei Bereiche genannt:

- 1) Unterrichtsentwicklung im Fachunterricht in den Bereichen MINT und Sprachen mit Fokus auf der Entwicklung diagnosebasierter differenzierender Förderformate und unter besonderer Berücksichtigung von Schülerinnen und Schülern aus weniger bildungsnahen Elternhäusern, mit Deutsch als Fremdsprache und Mädchen in MINT;
- 2) Aufbau fachübergreifender Kompetenzen (selbstreguliertes Lernen) unter besonderer Berücksichtigung

von potenziell besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schülern (erwartungswidrige Minderleister);
 3) fachübergreifende Ansätze der Individualisierung (personalisierte Förderpläne, Mentoring).

Für uns war von Beginn an der dritte Bereich ein besonders interessanter Ansatzpunkt zur Optimierung. Die langjährige Erfahrung mit hochbegabten Kindern hat uns dazu gebracht, auf die je individuellen Bedürfnisse, Begabungen und/oder Problemsituationen aller Schülerinnen und Schüler noch intensiver mit unterstützenden und erweiterten Angeboten und Lösungen zu reagieren. Und genau dafür wurde an unserer Schule für alle Klassen 7 bis 10 ein Mentoring-System eingerichtet. Von Anfang an hofften wir durch unsere Einbeziehung in LemaS auf eine wissenschaftliche Evaluation unseres Mentoring-Systems, um es noch mehr zu professionalisieren und Erfahrungen anderer Schulen miteinzubauen.

Doch so schnell sollte es nicht dazu kommen. Jede Schule musste zunächst aus zwei Kernmodulen ein Thema wählen. Kernmodul 1 trägt den Titel 'Entwicklung eines schulischen Leitbilds mit Ausrichtung auf eine leistungsförderliche Schulentwicklung'. Wirklich an unserem Leitbild arbeiten, das war nicht unsere Intention, aber das Teilprojekt 2 'Auf- bzw. Ausbau kooperativer Netzwerkstrukturen (KoNewS)' weckte unser Interesse. Das zentrale Ziel dieses Teilprojekts besteht darin, Netzwerkstrukturen zwischen den beteiligten Schulen und relevanten (auch externen) Kooperationspartnern je nach individuellem Bedarf auf- bzw. auszubauen. Inhaltlich sollten die individuellen Prozesse im Rahmen der Netzbildung und -arbeit im Vordergrund stehen.

Nun sind wir eine Schule, die schon eine große Bandbreite an Bildungspartnern vorweisen kann, wir sind zum zweiten Mal in Folge mit dem



Boris-Siegel zertifiziert worden, haben gute Verbindungen in die Wirtschaft vor allem auch wegen der Schüler-Ingenieur-Akademie und bestehende Verbindungen zu Hochschulen. Trotzdem mussten in einem aufwändigen Prozess zunächst individuelle Bedarfe, Vorstellungen, vorhandene Angebote und Expertisen der teilnehmenden Schulen erhoben und die bereits bestehenden Netzwerk- und Kooperationslandschaften erfasst werden. Uns wurde dann bescheinigt, dass wir sehr gut vernetzt sind.

Das zweite Kernmodul ist für uns das interessantere, hier geht es um 'Fordern und Fördern im Regelunterricht' und im Teilprojekt um 'Individualisierung durch Mentoring an Schulen der Primarstufe und Sekundarstufe I'. Zentrales Ziel dieses Projekts ist die Konzeption und Umsetzung von Mentoring-Programmen für (potenziell) leistungsstarke Schülerinnen und Schüler. Zur individuellen

Förderung der leistungsstarken und potenziell besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schüler kommt in diesem Teilprojekt eine der erfolgreichsten Methoden der Begabtenförderung – das Mentoring – zur Anwendung. Da Mentorings nur dann hoch effektiv sind, wenn sie professionell durchgeführt werden, werden die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Mentoring-Programme der jeweiligen Schulen fortgebildet, bei der Konzeption der individuellen Schul-Mentoring-Programme unterstützt und bei deren Umsetzung an ihrer Schule kontinuierlich begleitet. In Abhängigkeit von Schwerpunkt und Adressatengruppe (zum Beispiel MINT-Mädchenförderung, Förderung

des selbstregulierten Lernens, Förderung von Kindern und Jugendlichen aus weniger bildungsnahen Elternhäusern) können dabei unterschiedliche Mentoring-Konzepte genutzt werden. Um uns zu professionalisieren, sollen Informationsworkshops zur Vermittlung des notwendigen Wissens über Mentoring durchgeführt werden. Danach sollen für die einzelnen Schulen bedarfsgerechte Mentoring-Konzepte ausgearbeitet werden, die dann wissenschaftlich evaluiert werden. Danach wird darüber diskutiert und das Mentoringprogramm konkretisiert. Soweit die Theorie.

Wie die praktische Umsetzung ab Januar 2018 startete, erfahren Sie in der nächsten Ausgabe.

Was ist 'Leistung macht Schule (LemaS)'?

- Initiative vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den Ländern
- Ziel: leistungsstarke oder potentiell leistungsstarke Kinder und Jugendliche zu fördern
- Im November 2016 von der Kultusministerkonferenz beschlossen, Projektstart Frühjahr 2018
- Bundesweit 300 Schulen, Verteilung auf die Länder nach Königsteiner Schlüssel
- Auswahl der Schulen innerhalb der Länder: unter anderem regionale Ausgewogenheit, Beteiligung aller Schularten, Schulen mit Vorerfahrung sowie 'Neulinge'
- Baden-Württemberg: 39 Schulen (9 Grundschulen, 13 Primar- und weiterführende Schulen, 17 Gymnasien)
- Laufzeit zehn Jahre, Zwischenevaluation nach fünf Jahren, finanzielles Gesamtvolumen 125 Millionen Euro (Bund und Länder finanzieren je zur Hälfte)
- BMBF fördert mit finanziellen Mitteln die wissenschaftliche Begleitung, die Länder finanzieren die Umsetzung an den Schulen
- Erste Phase 2018 bis 2022: Schulen entwickeln anhand vorgegebener Auswahlmodule Strategien und Maßnahmen zur Förderung der begabten Schülerinnen und Schüler
- Zweite Phase 2023-2027: Transfer der Ergebnisse; teilnehmende Schulen fungieren als Multiplikatoren für andere Schulen; Erkenntnisse aus der Begleitforschung werden für die Schulpraxis zur Verfügung gestellt.

Informationen unter www.leistung-macht-schule.de

HL

Finanzierung von LemaS

- Gesamtvolumen der Initiative: 125 Millionen Euro
- In der ersten Phase bis 2022 bringen Bund und alle Bundesländer gemeinsam jährlich jeweils 5 Millionen Euro ein, in der zweiten Phase bis 2027 jährlich 7,5 Millionen Euro.
- Das Land **Baden-Württemberg** hat im Jahr 2018 für LemaS **737 057,19 Euro** aufgewendet (*notwendiger Anteil gemäß Königsteiner Schlüssel: 650 640,00 Euro*).
- Kosten für bereits bestehende Strukturen, die für LemaS genutzt werden können, wurden in die Berechnung einbezogen.
- 51 Prozent wurden für die Unterstützung der teilnehmenden Schulen ausgegeben (vorwiegend für die 2,0 Deputatsstunden pro Schule). Geldmittel zur Anschaffung von Materialien oder Ähnlichem werden nicht zur Verfügung gestellt.
- 46 Prozent der Ausgaben für LemaS entfallen auf die Schulverwaltung und deren Beratungs-, Betreuungs- und Koordinationsaufgaben.
- Zwei Prozent wurden für Tagungskosten aufgewendet, ein Prozent für Anteile an einer verantwortlichen Stelle im Sekretariat der Kultusministerkonferenz.

Quelle: Drucksache des Landtags 16/6341

MasterCard Gold Verbandskreditkarte

Versicherungen

Seit 1. Januar 2020 hat ein neuer Versicherer die Versicherungsleistungen der Verbandskreditkarte übernommen. Der Verband hinterlegt diese Versicherungsbedingungen der Verbandskreditkarte auf der Homepage im Internet. Leistungsänderungen gegenüber den bereits bestehenden Versicherungsleistungen gibt es nicht. In der Verbandskreditkarte sind diverse Versicherungsleistungen eingeschlossen, wenn mindestens fünfzig Prozent der Reisekosten mit der Verbandskreditkarte bezahlt werden. Alle Leistungen können übersichtlich auf Seite 5 der Versicherungsunterlagen nachgelesen werden.

Wie auch bei den meisten Versicherungen gibt es gewisse Einschränkungen/Bedingungen, weshalb immer empfohlen wird, die Versicherungsbedingungen einmal durchzulesen (*Versicherungsbedingungen gültig ab 1. Januar 2020 Seite 5 Leistungstabelle*).

Allgemein haben die einzelnen Versicherungen ganz unterschiedliche Versicherungsbedingungen. Viele unerwartete Ereignisse können den geplanten Reiseantritt verhindern, auf der Reise können unliebsame Ereignisse eintreten etc., die den Versicherungsfall bedeuten.

Wichtig: Bei der Auslandsrankenversicherung wird zum Beispiel ein Notdienst Leistungsberechtigte auf einer versicherten Reise unterstützen. Es wurde ein 24 Stunden-Notfalldienst eingerichtet. Tritt der Fall ein, muss der Leistungsberechtigte die Notfall-Hotline über jede Situation informieren, die einen Anspruch auf Versicherungsleistungen begründen könnte und dies Zusatzkosten, zum Beispiel vorzeitige Rückreise, auslöst. Die Notfall-Telefonnummer ist in den Versicherungsunterlagen auf Seite 3 aufgeführt.

Für ältere Menschen ist das Risiko für alle Versicherungsgesellschaften meist etwas höher, weshalb viele Versicherungsleistungen, so auch die in der Verbandskreditkarte, eingeschränkt werden. Grund: Risiko des Versicherungsfalls steigt mit dem Lebensalter. Dabei gibt es einige Dinge für ältere Karteninhaber der Verbandskreditkarte zu beachten (*Seite 5 Leistungstabelle*):

- Versicherte Personen, mitversicherte Familienangehörige oder Mitreisende, die bei Reisebeginn älter als 75 Jahre sind, sind nicht versichert (Auslandsreiseversicherung, Reiserücktritt, Reiseunfall). Die Reiseunfallversicherung bietet eingeschränkte Entschädigung für Personen, die älter als 65 Jahre sind (*Seite 11*).

Diesen unliebsamen Einschränkungen kann man leider nur durch eine am Markt angebotene kostenpflichtige Versicherung entgegenwirken. Die kostenpflichtigen Angebote, entsprechend den gewünschten Leistungen, kann man über passende Internetseiten vergleichen.

Bei Karteninhabern, die unterhalb dieser Altersgrenzen sind und eben mindestens fünfzig Prozent der Reisekosten mit der Kreditkarte bezahlt haben, sind der Karteninhaber und bis zu drei weitere mitreisende Personen mit der in der Verbandskreditkarte enthaltenen Leistungen versichert; Reiserücktritts-, Reiseausfall-, Reiserücktransport-, Auslandsranken-, Unfall-, Verspätungs- sowie Diebstahlversicherung.

Sollten Sie Fragen zu den Leistungen der Verbandskreditkarte haben, wenden Sie sich bitte an unseren Ansprechpartner: **John Kames | Tel.: 0 64 32 / 9 36 98 60** oder per E-Mail: **john.kames@t-online.de**

Informationsveranstaltung zum Ruhestand

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Seniorenvertreter des Bezirks Nord-Württemberg wollen diejenigen Kolleginnen und Kollegen im Philologenverband Nordwürttemberg, die im aktiven Dienst und 55 Jahre oder älter sind, auf eine Informationsveranstaltung aufmerksam machen. Bitte sehen Sie es uns nach, wenn Sie nicht zu dieser Personengruppe gehören sollten.

Vor etwa drei Jahren hatten wir eine ähnliche Veranstaltung mit guter Resonanz angeboten. Wir möchten detaillierte Informationen darüber geben, was Sie im Zusammenhang mit der Zurruhesetzung wissen sollten, und möchten möglichst Ihre Fragen dazu

beantworten. Fragen, die immer wieder gestellt werden, sind:

- Wann kann ich in Ruhestand gehen? Wie kann ich das beeinflussen?
- Wie hoch werden meine Ruhebezüge sein? Welche Daten sind dafür relevant?
- Wie wirken sich weitere Einkünfte, die ich habe, auf die Ruhebezüge aus?
- Wie hoch sind Hinterbliebenenbezüge ggf. neben eigenen Ruhebezügen?

Die Veranstaltung soll stattfinden in der PhV-Geschäftsstelle | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart, am **Mittwoch, 11. März 2020 von 15:00 Uhr bis etwa 17:00 Uhr.**

Wir bitten Sie, sich über den Login im Mitgliederbereich auf der Homepage

des Philologenverbandes Baden-Württemberg unter dem Punkt 'Veranstaltungen' anzumelden: <https://intern.phv-bw.de/htmlout?mpn=start>

Teilen Sie uns dort bitte mit, wenn Sie spezifische Fragen haben.

Andrea Wessel, die bis zum November 2019 stellvertretende Vorsitzende des Bezirks war, wird eine Präsentation zu diesem Themenkreis vortragen. Antje Schmidt wird als Justiziarin unseres Verbandes anwesend sein. Die Veranstaltung wird organisiert und geleitet von den für die Seniorenarbeit des Philologenverbandes bestellten Beauftragten.

Mit freundlichen Grüßen
Gerhard Isringhausen
und Gerhard Scheu

Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband

Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer

PLZ Ort

Geb.-Datum

Telefon

E-Mail

Ich wünsche den
PhV-Newsletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

Beamte/r, Amtsbezeichnung A

Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E

Studienreferendar/in

Student/in

Dienststellung (StR, ...)

Fächerkombination

Deputat in Wochenstunden

Schulname

Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, den jeweils fälligen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

BIC

IBAN

D E

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und Email für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Ort, Datum

Unterschrift

Auszug aus den ab 1. Januar 2020 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge*	unter A 13/E 14	18,95 Euro	A 13/E 14	19,45 Euro
* Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	A 14/E 15	20,75 Euro	A 15/E 15Ü	22,55 Euro
	A 16 und darüber	24,35 Euro		
Feste Beitragssätze	Studenten	1,95 Euro	Referendare	3,89 Euro
			Pensionäre	7,78 Euro